Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7745.

Telephon Nr. 451.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 247. Freitag, den 21. Oktober 1898. 9. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Revision der Invaliditäts- und Altersversicherung.

Die Sozialreform steht nicht still. Diese tröstliche Versicherung haben neulich die Offiziösen des Reichsamtes des Innern abermals abgeben müssen. Wir wissen nicht, auf wen die Zusicherung berechnet war. Wir haben ihrer nicht bedurft, denn wir waren felsenfest davon überzeugt, daß der Graf Posadowsky sich recht bemerkbar bewegt — freilich nach rückwärts statt nach vorwärts.

Indeß kündigt man jetzt einen Schritt nach vorwärts an. Die Alters- und Invalidengesetzgebung soll reformirt werden. Die Vorlage ist sogar bereits an den Bundesrath gegangen.

Aber selbst hier bleibt der neue Kurs weit zurück hinter dem Anlauf, den Herr v. Bötticher 1896/97 unternahm und der wahrhaftig bescheiden und schwächlich genug war.

Der neue Entwurf beschränkt sich, nämlich nach den Mittheilungen, die wie gewöhnlich Herrn Schweinburg zuerst zugegangen sind, auf zwei Aenderungen: auf die Uebertragung bestimmter Befugnisse und Entscheidungen an mehr örtliche Organe, während heute die bureaukratisch eingerichteten Zentralstellen für die räumlich ausgedehnten Anstaltsbezirke alle Obliegenheiten wahrnehmen — und auf eine andere Vertheilung der finanziellen Lasten zwischen den mehr industriellen und den mehr landwirthschaftlichen Gebieten des Deutschen Reiches.

Das Erste ist für uns eine Zweckmäßigkeitsfrage, über die wir uns die Entscheidung vorbehalten, bis die Regierungs-Vorschläge in ihren Einzelheiten zu übersehen sind. Die Schweinburg'schen „Nachrichten“ gehen hier über allgemeine Andeutungen nicht hinaus. Die Rentenfeststellung, die Kontrolle der Rentenempfänger und der Beitragsentrichtung, die Beitragserstattungen, die Rentenentziehung, das Alles werde heute von der Zentralstelle aus besorgt, die für die Betheiligten oft so gut wie unerreichbar sei:

> Insbesondere bei der Rentenfestsetzung oder Rentenentziehung wird das thatsächliche Material von den örtlichen Staats- und Kommunalbehörden gesammelt, welche bei ihrer bekannten Ueberlastung selten in der geschäftlichen Lage sein werden, den einzelnen Rentenfall so zu individualisiren, wie dies sowohl im Lebensinteresse des Rentenempfängers wie im Hinblick auf die finanzielle Verantwortung der Versicherungsanstalt erwünscht ist. Der räumlich entfernte Versicherungsvorstand entscheidet hiernach über die Gewährung und Entziehung von Renten lediglich auf Grund der Acten. Findet sich der Versicherungspflichtige durch diese Entscheidung benachtheiligt, so wird er bei dem geringen Geschäftsbetriebe der örtlichen Schiedsgerichte und der hiermit zusammenhängenden verhältnißmäßig seltenen Anberaumung von Sitzungen in der Regel erst nach Monaten in der Lage sein, bei dieser, den lokalen Verhältnissen näherstehenden Behörde, welcher Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehören, seinen Anspruch persönlich zu vertreten.
>
> Demgegenüber will der Entwurf zur Erledigung aller obenbezeichneten Geschäfte und namentlich zum Zwecke der Rentenfestsetzung in der Lokalinstanz besondere örtliche Organe der Versicherungsanstalten errichten, welche auf Grund der von ihnen vorzunehmenden thatsächlichen Feststellungen über die Gewährung und Entziehung von Renten selbstständig entscheiden. . . .
>
> Gegen die Entschließung der örtlichen Rentenstelle würde demnächst, umgekehrt wie bisher, die Berufung an Bezirks-Schiedsgericht — und zwar für die Versicherungs-Anstalt wie für den Rentensucher — offen stehen, deren Entscheidungen eine in der Lokalinstanz gefällte, auf der örtlichen Ermittelung der Verhältnisse begründete Vorentscheidung zu Grunde läge.
>
> Die örtliche Rentenstelle soll dem Versicherten Gelegenheit geben, seine Ansprüche persönlich zu vertreten, ferner soll sie zugleich als Auskunftsstelle über alle Versicherungs-Angelegenheiten dienen. Für uns ist von besonderem Interesse, daß zu ihr „Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ zugezogen werden sollen. Leider erfährt man nichts Näheres, wie diese Arbeitervertretung sich bilden und wieweit ihr Einfluß reichen soll. Nach den offiziösen Sprüchlein, die uns in letzter Zeit so oft über „wirkliche“ und über „terroristisch erzwungene“ Arbeitervertreter aufgesagt worden sind, wird das freie Selbstbestimmungs- und Wahlrecht der versicherten Arbeiter wahrscheinlich sehr schlecht fahren.
>
> Diese Dezentralisation ist jedoch nur nebensächliches Beiwerk gegenüber der Grundlage des ganzen Entwurfs: der Entlastung der agrarischen Bezirke. An dem Worte Entlastung stoßen wir uns in keiner Weise. Wenn es richtig ist, daß das flache Land, weil es die zahlenden jüngeren Arbeiter verliert und die alten, der Invalidität nahen Leute vorwiegend behält, in den Einnahmen wie Ausgaben der Versicherung benachtheiligt ist, so sind die Mittel zur Abhilfe in aller Ruhe zu prüfen — vor Allem seitens einer Partei, in der die Uebernahme aller Armenlasten auf den Staat stets eine so große Anhängerschaft gefunden hat, gerade weil man der Ueberbürdung einzelner Distrikte vorbeugen wollte, die von der Industrie keine Einnahmen, indeß recht oft schwere Lasten haben.
>
> Unbedingt verlangen müssen wir jedoch, daß bei einem solchen Vorgehen in gleichem Maße auch dafür gesorgt wird, daß gewissen Zuständen im Bereiche einzelner vorwiegend landwirthschaftlicher Versicherungsanstalten gesteuert wird. Geschieht das nicht, so wird aller Gerechtigkeit geradezu Hohn gesprochen: man schiebt der Industrie zu, was manche Grundbesitzer und Gemeinden zu hinterziehen und von sich abzuwälzen wissen. War es doch die Versicherungsanstalt selber in Ostpreußen, die bittere Klage darüber führte, daß sie Renten zahlen müsse, wo eigentlich die Gemeinden unterstützungspflichtig wären. Das Markenkleben wird in jeder denkbaren Weise umgangen. Arbeitgeber kaufen sogar, wie im deutschen Landwirthschaftsrathe zugestanden wurde, von den zurückwandernden russischen Arbeitern die alten Marken aus deren Karten billig auf, um sie wieder zu verwenden und so die Versicherungsanstalt um ihre normale Einnahme zu bringen. Es ist bekannt, wie schwer man heute gegenüber dem Grundbesitz auch die geringste und noch so nothwendige Forderung durchzusetzen vermag. Um so mehr hätten Bundesrath und Reichstag die Pflicht, jetzt das Eisen zu schmieden, so lange es heiß ist. Keine Entlastung, ohne eine bessere Geschäftsführung besonders im Osten Preußens zu sichern!
>
> Hier scheint jedoch die Vorlage des deutsch-polnischen Grafen Posadowsky vollständig zu versagen. Sie will — in den Ziffern etwas Anderes wie der Entwurf 1896 — $^{4}/_{5}$ des Vermögens der einzelnen Anstalten zum Gemeinvermögen aller Anstalten machen. Insoweit sollen die Ueberschußdistrikte also geschröpft werden, um den Defizitbezirken frisches Blut zuzuführen. Wenn aber die Böttcher'sche Vorlage, der seinerzeit auch der Bundesrath zustimmte, einschneidende Aufsichtsbefugnisse der Staats- und Reichsbehörden gegenüber den mehr nehmenden wie gebenden Anstalten in Bereitschaft hielt, so sieht der jetzige Entwurf anscheinend ganz davon ab, der „freien Selbstverwaltung“ wegen.
>
> Diese zarte Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit der Agrarier paßt in den Rahmen der ganzen Reform. Reform, so weit der Grundbesitz klagt, vor Allem der größere Grundbesitz. So weit die Arbeiter selber Beschwerden geäußert haben und jeden Tag weiter äußern, zuckt man kühl mit den Achseln. Selbst das Zentrum bezeichnete in seinem Antrag von 1896 als besonders dringlich bei einer Revision des Invaliditätsgesetzes: die Erhöhung der Invalidenrente, namentlich unter Berücksichtigung unversorgter Angehöriger, ferner eine Einbeziehung der Wittwen- und Waisenfürsorge, für die bekanntlich selbst Herr v. Stumm platonisch schwärmt. Die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratie hat vor allem Nachdruck darauf gelegt, daß man nicht erst dann als Invalide angesehen werde, wenn man nicht mehr ein Sechstel des durchschnittlichen früheren Lohnes und ein Sechstel des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter verdienen könne, das heißt: wenn man schon ganz herunter und halbtodt ist. Selbst Herr Bueck hat letzthin die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung verlangt — was wir, beiläufig gesagt, nicht als dringendste Aufgabe bei einer Reform des Gesetzes hingestellt sehen möchten.

Zur Zuchthausvorlage

schreibt die „Frankf. Ztg.“: „Bekanntlich wurde autoritativ mitgetheilt, daß der Anreiz zum Streik mit Zuchthaus bestraft werden soll. Wir haben bereits mehrere Vergleiche angestellt zwischen diesem Strafparagraphen der Zukunft und den bisherigen, aber wir können mit noch einigen interessanten Fällen dienen. Das Strafgesetzbuch behandelt z. B. einen Fall der Verleitung, der strafbar ist, auch wenn der Verleitende sich nicht eines Mittels bedient, das sonst unter einen Strafparagraphen fiele:

> „Wer ein unbescholtenes Mädchen, welches das 16. Lebensjahr nicht vollendet hat, zum Beischlafe verführt, wird mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft (§ 182).“

Soll nun wirklich in Deutschland der Rechtszustand eingeführt werden, daß dem Verführer eines unschuldigen jungen Mädchens die mildere Strafe angedroht wird, und dem, der zum Streik verführt, die härtere? Für die „Anreizung“ giebt es ebenfalls ein Beispiel im Strafgesetzbuch:

> „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft (§ 130).“

Also für den, der zur offenen Gewaltthat anreizt, soll Gefängniß genügen, für den, der zum Streik anreizt, nicht? Wer versucht, einen Beamten durch Bestechung zu verleiten, kann nur mit Gefängniß bestraft werden (§ 333), auch der Beamte, der auf Jemanden durch Mißbrauch seines Amtes einen Druck ausübt, kann auf Grund des § 339 nicht ins Zuchthaus, sondern nur ins Gefängniß gebracht werden. Wer zum Ungehorsam gegen die Gesetze auffordert, ja sogar wer einen Soldaten „anreizt“, dem Befehle seiner Vorgesetzten zuwiderzuhandeln (§§ 110, 112) kann nur ins Gefängniß geschickt werden; aber wer zum Streik anreizt, muß härter bestraft werden? Man sagt wohl, das Fernbleiben von der Koalition, in die man nicht eintreten wolle, sei ebensogut ein staatsbürgerliches Freiheitsrecht, wie das Koalitionsrecht selbst. Wer einen Arbeiter an der Ausübung seines Rechtes zu arbeiten hindere, müsse eben darum mit Zuchthaus bestraft werden. Nun ist doch

Vor 20 Jahren.

Zum Jubiläum des Sozialistengesetzes.

II.

Die Zerstörung der Partei.

Hatte man schon vor dem Attentatsrummel und ganz besonders nach den thörichten Schüssen der beiden Herostraten die Parteigenossen gehetzt, so hoffte man nun, nachdem die vergiftete Waffe des Ausnahmegesetzes geschmiedet war, die ganze Partei vom Erdboden vertilgen zu können. Diese blutigen Verfolgungen, dieser blinde Haß, der den sozialdemokratischen Arbeitern fast aus allen Gesellschaftskreisen entgegenflammte, diese bis ins wirthschaftliche und Privatleben dringenden gesetzlichen und ungesetzlichen Anfeindungen konnten auf die Partei und ihre Organe nicht ohne deprimirenden Einfluß bleiben.

Die Partei stand Anfangs dem Gesetze ziemlich rathlos gegenüber. Das Gefühl völliger Rechtlosigkeit drückte den politischen Lebensmuth herunter. Der eine und der andere unter den Führern glaubte, die Partei vermöge dem Ansturm nicht zu widerstehen und es müsse eine ruhigere Zeit abgewartet werden, ehe die alten Fäden wieder aufgenommen werden könnten. Nicht alle, welche der Partei bisher treffliche Dienste geleistet hatten, vermochten es, unter den neuen, schwierigen Verhältnissen den nöthigen Muth zu bewahren.

Die Parteileitung in Hamburg fühlte sich veranlaßt, die Parteiorganisation freiwillig, noch vor Inkrafttreten des Gesetzes, aufzulösen. Aus den hierauf bezüglichen, parteigeschichtlich sehr interessanten Schriftstücken seien hier einige Stellen wiedergegeben. In einer aus Hamburg vom 14. Oktober datirten Kundmachung an die Parteigenossen heißt es:

> „Die Auflösung der organisirten Partei wird nach den voraussichtlich zur Annahme gelangenden Bestimmungen des „Gesetzes“ gegen die Sozialdemokratie unausbleiblich sein, und zur Vermeidung von Weitläufigkeiten nicht erst die Schließung durch die Behörde abgewartet werden. Es wird also in wenigen Tagen keine organisirte Gesammtpartei mit einer einheitlichen Leitung mehr bestehen. Damit tritt die Bewegung in ein neues Stadium. Wenn die Presse geknebelt sein wird, und Versammlungen ins Bereich der Sage gehören werden, dann ist nur die persönliche Propaganda der Anhänger des Sozialismus übrig. . . Viele Schriften sind bis jetzt über die soziale Frage geschrieben worden, studiren wir sie: Studium ist Aufklärung, ist Fortschritt, ist ein Bollwerk gegen geistige Unterdrückung!“

Und unterm 19. Oktober wird in einer von Hartmann, Brasch, Derossi und Geib unterzeichneten Ansprache im Hamburg-Altonaer Volksblatt mitgetheilt, daß an diesem Tage die Parteiorganisation bei der Behörde abgemeldet worden ist. Dann lesen wir weiter:

> „Eine zentralistische Organisation giebt es nun nicht mehr, auch mit der planmäßigen Agitation ist es vorüber. Trotzdem wird es an Verfolgungen nicht fehlen; den Opfern derselben widmet Eure Kraft, ihrer gedenkt durch direkte Unterstützungen und Geschenke. Für Geldsendungen hat das unterzeichnete Komitee keine Verwendung mehr. Man wolle daher nichts mehr an Geib adressiren. Wenn irgendwo noch eine Parteimitgliedschaft bestehen sollte, so ist dieselbe sofort aufzulösen.“

So war denn die in langen Jahren aufgebaute Organisation zerstört, und diese Auflösung war ernster gemeint gewesen, als viele Parteigenossen glauben mochten, welche die Erklärung des Vorstandes nur für ein Deckungsmanöver gehalten hatten. In der That verlor der Vorstand in kurzer Zeit alle Fühlung mit den Genossen im Reich, und diese waren fast ohne jede Direktive für die Zukunft, als das Schandgesetz mit voller Wucht über sie hereinbrach. Nur eins wußte man genau: daß der Reaktion gegenüber, die nach Attentaten und Komplotten lechzte, die äußerste Ruhe und Vorsicht geboten sei. So waren in sozialdemokratischen Gastwirthschaften Plakate angeschlagen mit der Mahnung, innerhalb der Räume jedes politische Gespräch streng zu vermeiden.

Auch die Parteizeitungen suchten ihren Ton den neuen Zuständen anzupassen, um sich selbst in die sozialistengesetzliche Zeit hinüber zu retten. So schreibt der Leipziger „Vorwärts“ unterm 21. Oktober:

> „Da nicht unsere Anschauung und unser Geschmack, zu schreiben und zu redigiren allein maßgebend ist, sondern der Wunsch unserer zahlreichen und treuen Leser, daß ihnen der „Vorwärts“ erhalten bleibe, so werden wir uns auf den Boden des Ausnahmegesetzes stellen und die „sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen, die in einer öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten“, resp. derartig durch die Polizei gedeutet werden können, sorgsamst vermeiden. Es ist das für uns eine schwere, saure Leistung.“

Gegenüber all diesen herabstimmenden Vorgängen wollen wir aber doch noch erwähnen, daß unmittelbar vor Einführung des Gesetzes ein äußerst starkes Interesse für die sozialistische Litteratur hervortrat. Die Debatten im Reichstage, die sichere Aussicht, daß diese Art von Litteratur demnächst nicht mehr zu haben sein werde, — und auf der andern Seite, bei den Parteibuchhandlungen und Associationsdruckereien, wohl auch der Wunsch, die Bestände zu räumen, — alles dieses veranlaßte, daß die Hunderttausende der vorhandenen Agitationsbroschüren vor Inslebentreten des Gesetzes vom Publikum gekauft und mit Absicht ins Weite hinein geworfen wurden. Die Bestände waren, als die nunmehr „gesetzlichen“ Vereine und Konfiskationen kamen, thatsächlich gelichtet.

zweifellos das höchste staatsbürgerliche Recht das Wahlrecht. Und doch droht das Strafgesetzbuch dem, der einen Deutschen gewaltsam an der Ausübung seines Stimmrechts hindert, nur Gefängniß oder Festung an, läßt aber Zuchthausstrafe nicht zu (§ 107). Auch die Fabrikdisziplin hat man als Grund angeführt. Wer sich als Arbeitr auf eine bestimmte Zeit verdungen hat, habe sich für diese Zeit eine gewisse Beschränkung der eigenen Freiheit auferlegt, und wenigstens der Streik ohne Innehaltung der Kündigungefrist sei ein so schwerer Einbruch, daß die Verleitung dazu mit Zuchthaus bedroht werden müsse, aber die Beschränkung, die sich der Arbeiter mit dem Arbeitsvertrage auferlegt hat, wird doch am Ende nicht größer sein, als die Freiheitsbeschränkung, der der Gefangene unterliegt. Das Strafgesetzbuch befaßt sich in den Paragraphen 120 und 121 mit der widerrechtlichen Befreiung von Gefangenen und setzt nur Gefängnißstrafe darauf. Welche Fülle von Ungeheuerlichkeiten eröffnet sich da? Die Verleitung zum Streik wird als eine Störung der Arbeit bezeichnet. Die größte Störung, die das Strafgesetzbuch kennt, ist die Störung des Gottesdienstes. Die höchste Strafe, die darauf gesetzt ist, sind drei Jahre Gefängniß. Wenn nun auf die Störung der Arbeit Zuchthaus gesetzt werden soll, — heißt das nicht die Sozialdemokratie direkt zu der Satyre herausfordern, daß der moderne Staat den Mammondienst strenger schütze, als den Gottesdienst?"

Vom „Anarchisten"plan.

Daß das sogenannte Attentat ein bloßes Polizeispitzelmachwerk ist, wird recht klar durch eine Meldung der Londoner „Daily Mail". In diesem Bericht, der die großen Verdienste des Polizeikommandanten von Alexandrien um die Verhinderung des „diabolischen Komplottes" hervorhebt, heißt es:

„Alexandrien ist der Herd eines kosmopolitischen Verbrecherthums und des Anarchisten-Ausschusses für Südeuropa und die Levante. Ein großer Prozentsatz der Verbrecher sind Italiener, der Versammlungsort der Anarchistengruppe ist die obskure Weinstube, wo die Bomben gefunden wurden. Wie gewöhnlich war einer darunter ein Verräther: er ermöglichte es Hamidieh Bey, schrittweise der Verschwörung zu folgen, bis die Aufhebung der ganzen Gesellschaft gelang. Weitere Verhaftungen sind wahrscheinlich. Der Führer der Bande ist Ugo Parrini, der Besitzer des Cafés. Als er von den Konsul gedrecht wurde, machte er einen wüthenden Angriff auf ihn und konnte nur mit Mühe überwältigt werden. Da alle Verbrecher Italiener sind, konnte die Verhaftung nur durch den italienischen Konsul ausgeführt werden. Dieser belegte alle Schriftstücke mit Beschlag und hat nun die alleinige Weiterführung und Untersuchung nach den bestehenden Kapitulationen. Da er aber keine Erfahrungen besitzt und nicht über die nöthige Organisation zu einer kriminellen Untersuchung verfügt, unterbreitete er die Angelegenheit der italienischen Regierung. Die englische Polizei muß jetzt thatenlos zusehen. Unter den konfiszirten Schriftstücken sind Nummern der anarchistischen Zeitschrift „L'Agitatore" aus Neuschatel, voller Anreizung zur Ermordung des Königs Humbert."

Dieser Verräther, der die Polizei von allen Schritten der „Verschwörer" unterrichtete und ihr ermöglichte, „schrittweise" der „Verschwörung" zu folgen, das ist der agent provocateur, dessen Name hoffentlich bald bekannt wird, um seine Beziehungen zur Polizei feststellen zu können.

Die Fleischnoth, die von den Agrariern beharrlich in Abrede gestellt wird, herrscht in allen Gegenden Deutschlands vor. So hat sich jetzt der Augsburger Magistrat veranlaßt gesehen, gleich wie der der Stadt Fürth an das königliche Staatsministerium zu petitioniren, daß die Einfuhr von Schlachtvieh aus Italien gestattet und für das aus Oesterreich-Ungarn eingeführte Schlachtvieh eine längere Schlachtfrist gewährt werde. — Wie lange wird das deutsche Volk noch petitioniren müssen, ehe die Grenzen für das Schlachtvieh geöffnet werden.

Gegen das Vieheinfuhr-Verbot will der deutsche Fleischerverband beim Reichstag petitioniren. Er sammelt jetzt zu diesem Zwecke Unterschriften nicht blos aus den Reihen der Fleischer, sondern aus allen Kreisen der Bevölkerung.

Zur Grubenkontrolle. Die „Corr. Calb" schreibt: Wie wir erfahren, hat das Ministerium für Handel und Gewerbe vier Kommissionen mit der Befahrung der Gruben des Saarbrücker, Dortmunder, Ober- und Niederschlesischen Revieres beauftragt. Die Resultate werden Grundlagen für die zu treffenden bergpolizeilichen Reformen sein.

Oberbürgermeister und Regierungspräsident. Aus Düsseldorf meldet man der „Volkszeitung": Der Oberbürgermeister Lindemann erklärte in einer geheimen Sitzung der Stadtverordneten, daß er sein Amt wegen des zugespitzten Verhältnisses zum Regierungspräsidenten niederlege, um weiteren Konsequenzen auszuweichen. Er könne sich das nicht mehr bieten lassen, was ihm zugemuthet worden sei.

Der Bundesrath ertheilte in seiner heutigen Sitzung dem Ausschußberichte, betreffend den Etat der Grenzzoll- und Salzsteuer-Verwaltung für das Königreich Preußen, und dem Ausschußberichte, betreffend den Etat der Grenzzoll- und Salzsteuer-Verwaltung für das Königreich Bayern, seine Zustimmung. Die Vorlage, betreffend die Statistik der Auswanderung, wurde dem zuständigen Ausschusse überwiesen.

Ein Heldenstückchen haben die Liberalen und Freisinnigen in Wilster (Schleswig-Holstein), wo jüngst einige Sozialdemokraten zu Stadtverordneten gewählt wurden, ausgeführt. Magistrat und Stadtverordnete haben eine Verschlechterung des Kommunalwahlrechts durchgesetzt, indem sie den Wahlcensus von vier Mark auf n e u n Mark erhöhten. Künftig ist daher nur wahlberechtigt, wer ein Einkommen über 1050 Mark versteuert.

Ueber einen Vorgang an der deutsch-russischen Grenze melden bürgerliche Blätter Folgendes: „In dem königlichen Forst Dratken bemerkten zwei preußische Forstbeamte, daß mehrere russische Offiziere auf preußischem Gebiet jagten. Der Aufforderung der beiden Förster, die Gewehre abzugeben, wurde nicht stattgegeben, die Offiziere verhöhnten vielmehr die beiden Beamten. Nachdem diese ihre Aufforderung noch mehrmals vergeblich wiederholt hatten, schossen sie und verletzten einen der Offiziere. Diese ergriffen nunmehr die Flucht und nahmen den verwundeten Kameraden mit. Hinter dem Grenzgraben angelangt, befahlen sie dann den russischen Grenzsoldaten, auf die beiden Förster zu schießen; die Soldaten thaten dies auch, trafen aber nicht."

Kleine politische Nachrichten. Der Versuch, wonach Unteroffiziere mit einer akuven Dienstzeit im Heere oder in der Marine von mindestens sechs Jahren in die königlichen Schutzmannschaften eingestellt werden dürfen, soll nach einer Kabinetsordre des Königs auf die Zeit bis einschließlich den 30. September 1901 festgesetzt werden. — Zur Reform der Berliner Polizei. Die Stadtverordneten Berlé und Genossen haben folgenden Antrag in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, weshalb er dem Beschluß der Versammlung vom 29. v. Mts.: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch Verhandlungen mit dem königl. Polizeipräsidium darauf hinzuwirken, daß a) eine Reform der Bestimmungen betreffs der Ausübung der Sittenpolizei erfolge; b) Vorkehrungen getroffen werden, um Mißgriffe und Ausschreitungen von Polizeibeamten bei Verhaftungen und Festnahmen zu verhindern", bisher noch nicht ausgeführt hat. — Zur Einführung des Zehnpfennigbriefportos im Verkehr zwischen Deutschland, England, Frankreich und den Vereinigten Staaten hat der Generalpostmeister der Union die lang erwartete Initiative ergriffen. Der Bericht des Generalpostmeisters schlägt die sofortige Einleitung der Unterhandlungen mit den genannten drei Staaten, aber unabhängig von einander vor, da die bestehenden Verträge jedem einzelnen Staate das Recht lassen, mit jedem einzelnen anderen Staate auf der Grundlage der gegenwärtigen Postal-Union Separat-Verträge zu schließen.

Ausland.

Das österreichische Abgeordnetenhaus setzte, wie gemeldet wird, am Donnerstag die Debatte über die kaiserlichen Verordnungen betreffend das Budgetprovisorium fort. Der Abgeordnete Stojalowski griff in zweistündiger Rede den Polenklub und das Ministerium an und besprach die Zustände in Galizien. Er erklärte, seine Partei werde in heftigster Opposition gegen die Regierung, jedoch nur auf parlamentarischem Boden verharren. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen und die Verhandlungen abgebrochen. Die nächste Sitzung findet Dienstag statt.

Im ungarischen Abgeordnetenhause setzte die Opposition auch am Donnerstag die Obstruktion fort.

Der Rücktritt des französischen Ministerpräsidenten Brisson scheint festzustehen. In parlamentarischen Pariser Kreisen verlautet, der Ministerpräsident Brisson wolle gleich beim Zusammentritt der Kammer eine Interpellation über die innere Politik einbringen und sodann selbst im Falle eines Vertrauensvotums erklären, daß persönliche Gründe zum Rücktritt veranlassen. Präsident Faure werde hierauf Bourgeois beauftragen, die von der Kammer gebilligte Politik fortzusetzen.

Zur Dreyfus-Affäre. Wie der „Matin" meldet will der Kassationshof, welcher aus dem Bericht des Oberst Picquart erfahren habe, daß das Kriegsministerium gehe Akten in der Dreyfusangelegenheit verwahre, das Justizministerium auch um Uebermittelung dieser Akten ersucht.

Wegen sozialistischer Propaganda wurden, wie aus Warthau gemeldet wird, in der Nacht zum 20. d. M. wiederum zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten sind meist Techniker, Privatbeamte und Universitätshörer.

Ueber die Faschoda-Frage

hielt der englische Schatzkanzler am 19. Oktober eine Rede, in welcher er erklärte, es erscheine ihm unmöglich, daß die Franzosen dableiben könnten, daß sie politische Rechte in Faschoda hätten. Die Franzosen hätten natürlicher- und angemessener Weise Zeit verlangt den Empfang des Berichtes Marchands abzuwarten, doch stehe er an zu glauben, daß Frankreich Anderes als das, was England wünsche thun könne.

Es sei möglich, daß das, was er hoffe, nicht geschehen werde und dann würde die Angelegenheit ein so ernstes Gesicht bekommen wie zwischen zwei großen Ländern nur möglich wäre. Es könne nur zwei Gründe für Frankreich geben, diese Haltung anzunehmen. Sie könne den Grund haben, mit England in Streit zu gerathen, doch weise er es von sich, nach den wiederholt freundlichen Versicherungen Frankreichs diese Lösung als möglich anzunehmen. Der andere Grund sei, daß Frankreich durch Gereiztheit über die Stellungnahme Englands in Egypten beeinflußt sein könnte; indessen sei der Redner, der Ansicht, daß England bei Weitem mehr Grund zur Gereiztheit gegen Frankreich habe, als umgekehrt. Die Regierung von durchaus freundlichem Geiste gegen die große französische Nation beseelt und wünsche nicht Frankreich zu demüthigen. England wünsche aber, nach Recht und Billigkeit behandelt zu werden.

Seine Arbeit in Egypten sei noch nicht gethan, Afrika sei groß genug für beide Nationen. Er hoffe und glaube, daß diese Frage einer freundlichen Lösung fähig sei, aber England habe seine Stellung genommen. Wenn unglücklicher Weise anderswo eine andere Anschauung gefaßt werden sollte, so würden die Minister der Königin wissen, was ihre Pflicht erheische. Es würde ein großes Unglück sein, wenn nach mehr als achtzigjährigem Frieden die französischen Beziehungen gestört und England in einen großen Krieg gestürzt werden sollte; allein es gebe größere Uebel als den Krieg, und die Regierung werde vor nichts zurückschrecken, da sie wisse, daß sie durch ein geeintes Volk unterstützt werde.

Immer lauter rasselt der britische Säbel, aber er wird, wie denken wir, in der Scheide bleiben.

Die Lage auf Sizilien.

Wieder kommen aus Sizilien beunruhigende Nachrichten, die recht bezeichnend sind für die dortigen Zustände. Am 1. d. M. sind die Bestimmungen des neuen Unfallversicherungsgesetzes in Kraft getreten: als Antwort darauf haben die Schwefelbergwerksbesitzer von Grotte bei Palermo die Arbeit eingestellt und mehr als vierhundert Arbeiter auf die Straße gesetzt. Andere Besitzer wollen dem Beispiel folgen. Mit Recht fragt die unabhängige Presse nach den Maßnahmen, die die Regierung treffen wird. Bisher hat sie nämlich immer mit bewaffneter Macht eingegriffen, wenn arme Landarbeiter einen Streik wagten, um sich höheren Lohn zu erwirken. „Aber", so spottet der „Don Chisciotte", „es wird nichts geschehen: denn seine Macht läßt der heutige Staat nur die Armen fühlen." Dann fragt er: „Wozu hat man sich die Mühe genommen, das Unfallversicherungsgesetz überhaupt zu berathen? Es wird ja doch nicht ausgeführt werden. Wir haben schon ein Verbot der Kinderarbeit, wir haben auch Aufsichtsbeamte. Aber ist jemals eine Anzeige eines Fabrikanten erfolgt, ist jemals ein Fabrikant bestraft worden? So geht es auf allen Gebieten. Kein Gesetz zum Schutze der Schwachen wird bei uns ausgeführt!" Ein trauriges Bild! Was besonders Sizilien betrifft, so haben sich die wirthschaftlichen Zustände so verschlechtert, daß die Chronik der Verbrechen immer reichhaltiger wird. Allein am 3. Oktober meldete das „Giornale di Sicilia" sechs Raubmorde. Der Regierung wird natürlich nichts Anderes übrig bleiben, als das einzige ökonomische Gegengift anzuwenden, über das sie verfügt: Militär, und so werden wir trotz aller Dementis bald von Truppenverstärkungen in Sizilien hören.

Kreta. Nach einer Meldung aus Kandia ging die Einschiffung der ersten 1600 Mann der türkischen Besatzung nach Saloniki am Donnerstag bei vollständig ruhiger Haltung der muselmanischen Bevölkerung vor sich. Nächste Woche sollen weitere Abtheilungen folgen und nur wenige Mann als Fahnenwache zurückbleiben. — Wie die „Polit. Korresp." meldet, kamen die vier Mächte überein, die Gesammtzahl ihrer Truppenkontingente auf Kreta auf 14,500 Mann zu erhöhen. In Folge dessen werden weitere 3000 Mann, darunter 1200 Engländer, demnächst nach Kreta abgehen.

Von den Philippinen. Der „Vossischen Zeitung" wird aus Madrid telegraphirt: Offiziell wird aus Manila vom Dienstag gemeldet, daß ein erbitterter Kampf zwischen den philippinischen Aufständischen und den Amerikanern stattgefunden habe, weil diese jenen keine eigene Flagge zugestehen wollen. Die Verluste sollen bedeutend gewesen sein. Viele philippinische Fahrzeuge seien in den Grund gebohrt worden; weitere Einzelheiten fehlen noch.

Aus Ostasien. Ueber das Befinden des Kaisers von China ist dem „L.-A." zufolge von Berlin aus ein offizielles Telegramm an das Tsung-li-Yamen gerichtet worden, worin unter Mittheilung gewisser Gerüchte Aufklärung erbeten wurde. Die bald darauf eingetroffene Drahtantwort gab in bündigster Form die Versicherung, daß der Kaiser sich wohl befinde und sein Leben niemals bedroht gewesen sei.

Partei-Angelegenheiten.

Die „Sächs. Arbeiterzeitung" bemerkt zu der Nachricht, daß eine Breslauer Parteiversammlung beschloß, in allen Bezirken, in welchen die Partei sich nicht selbstständig betheiligt, gleich entschieden für die freisinnigen Wahlmannskandidaten einzutreten und das Gleiche dort zu thun, wo freisinnige Wahlmannskandidaten mit [illegible] kommen, Folgendes:

Am 21. Oktober wurde das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" verkündet. Aber wenn man in Parteikreisen gehofft oder wenigstens versucht hatte, durch äußerste Mäßigung einen Theil der Zeitungen in die neuen Verhältnisse hinein zu retten, so war diese Hoffnung vergeblich gewesen. Die „Berliner Freie Presse" brachte es nur noch zu einer vom 23. Oktober datirten Nummer. Am 25. wurde das Leipziger Zentralorgan verboten. Inzwischen war aber noch eine Nummer hergestellt worden, und diese letzte Nummer des alten „Vorwärts" enthielt bereits die erste Liste der auf Grund des Gesetzes vom Polizeipräsidium in Berlin verbotenen Broschüren. Ein Witz der Weltgeschichte wollte es, daß an der Spitze dieser polizeilichen Liste die Gedichtsammlung steht „Es werde Licht!" — Wenige Tage später wurde auch das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" unterdrückt.

Der „Vorwärts", das Berliner und das Hamburger Blatt waren die drei bedeutendsten Zeitungen der Partei und hatten einen Abonnentenstand von etwa 45,000. Mit diesen Blättern, die alle das Eigenthum von Genossenschaften waren, wurde ein Vermögen von mehreren hunderttausend Mark vernichtet und einige hundert Personen brotlos gemacht. Die Genossenschaften mußten liquidiren, wobei in Berlin die Antheile der Genossenschafter (meistens Arbeiter) ganz verloren gingen, während Leipzig auszahlte, soweit die Antheile verlangt wurden; nur Hamburg konnte später glatt reguliren.

Es folgten nun Schlag auf Schlag weitere Verbote der politischen und der gewerkschaftlichen Blätter, ebenso der sozialdemokratischen Broschürenlitteratur. Kein Tag verging, ohne daß der „Reichsanzeiger" ganze Spalten von Verboten veröffentlichte. Nach drei bis vier Wochen erhielten von den 47 sozialdemokratischen Zeitungen nur noch zwei, die eine in Offenbach, die andere in Nürnberg, welche beide ihre Titel vor Erlaß des Gesetzes geändert hatten. In anderen Orten wurden auch Blätter verboten, welche dieselbe Manipulation vorgenommen hatten. Der Versuch, an Stelle der verbotenen Zeitungen sogenannte unpolitische Blätter herauszugeben, gelang für den Anfang nur an wenigen Orten. So wurde beispielsweise in Berlin versucht, schon am nächsten Tage, nachdem die „Freie Presse" verboten war, eine „Berliner Tagespost" herauszugeben, wenige Tage später versuchte man es mit einem Blatt „Berliner Nachrichten". Aber alles dieses wurde als Fortsetzung der alten Publikation betrachtet und verboten. Auch die vom Abgeordneten Hasselmann in Berlin herausgegebenen unpolitischen Blätter verfielen der Strafe des Ausnahmegesetzes.

Und mit derselben Energie, wie in Berlin, war die Polizei überall in Deutschland vorgegangen, wo es sozialdemokratische Unternehmungen zu strafen gab. — Die Zeitungen waren unterdrückt, alle Arbeitervereine, alle Gewerkschaften mit wenigen Ausnahmen verboten. Das Partei- und Versammlungsleben war fürs Erste gänzlich erloschen. Die Partei war also thatsächlich mundtodt gemacht, und die Polizei konnte sich in ihrer Gloire sonnen.

Die Arbeiter aber blieben trotzdem ruhig — trotz alledem. Um so mehr war die Welt überrascht, als Ende November plötzlich über Berlin der kleine Belagerungszustand verhängt wurde, obgleich dies nach dem Gesetz nur zulässig sein sollte, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet werde.

Es folgte nun eine Reihe der Ausweisungen, über die wir im Schlußartikel berichten werden. Nur soviel sei vorausgeschickt, daß mit diesem Gesetzbuch Bismarck den Bogen überspannte. Die Ausweisungen gaben den Genossen stets wieder Anlaß, Zusammenschluß zu suchen, — ebenso wie sie auch die Ursache wurden, daß der sozialdemokratische Gedanke in bis dahin ganz unberührte Gegenden getragen wurde.

(Schluß folgt.)

„Wir fürchten, der letzte Parteitagsbeschluß über die Landtagswahlen zeitigt da eine Wirkung, die er nicht haben sollte. Die Genossen verstecken sich zu sehr hinter die Schwierigkeit der selbstständigen Arbeit und vergessen ganz, daß die bloße Betheiligung zu Gunsten einer bürgerlichen Oppositionspartei uns verzweifelt wenig nützt."

Das ist ein ganz unverständiger Vorwurf. Die Breslauer Sozialdemokraten betheiligen sich in 256 von im Ganzen 422 Urwahlbezirken des Wahlkreises Breslau selbstständig. In den übrigen Bezirken betheiligen sie sich nicht selbstständig, weil irgend eine Aussicht auf Erfolg, d. h. auf Wahl sozialdemokratischer Kandidaten nicht vorhanden ist, man Arbeit und Geldmittel dort vergeblich aufwenden, anderen, aussichtsreichen Bezirken entziehen und durch Zersplitterung der Stimmen Stichwahlen zwischen freisinnigen und reaktionären Wahlmannskandidaten herbeiführen würde, damit aber und zwar durch übermäßige Verlängerung der Wahlhandlung die Wahl der freisinnigen Wahlmänner überhaupt vereiteln müßte. Diese Erwägungen veranlaßten die Breslauer Sozialdemokraten zu der von unserem Dresdener Parteiorgan getadelten Taktik, einer Taktik, die unseres Erachtens genau dem Satze der Stuttgarter Resolution zur Frage der Landtagswahlbetheiligung entspricht, welcher lautet:

„Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen unter dem Dreiklassenwahlsystem kann nicht wie die an den Reichstagswahlen als eine Heerschau betrachtet werden, als ein Mittel, durch die Zählung unserer Stimmen einen moralischen Erfolg zu erreichen, sondern nur als ein Mittel, bestimmte praktische Erfolge zu erzielen, namentlich die Abwendung der Gefahr, daß die krasseste Reaktion die Mehrheit im Landtag erlangt."

Die Magdeburger „Volksstimme" schreibt in ihrer Mittwoch-Nummer: „Auf Requisition des Militärgerichts der 7. Division haben die Genossen Harbaum, Fabian, Thorius, Bahle, Voß und [illegible] (sämmtlich in der Expedition resp. Redaktion der „Volksstimme" beschäftigt) Vorladung erhalten, sich am Donnerstag im Militärgerichtslokal einzufinden. Vermuthlich ist gegen einen Soldaten Anklage erhoben wegen Betretens der Buchhandlung (was den Soldaten verboten ist) und die Genannten sollen hierüber Zeugniß ablegen. Wir geben von vornherein zu, daß sich ab und zu ein Soldat in die Buchhandlung verirrt. Aber nicht einem einzigen Soldaten sind Artikel verkauft worden, um den Verirrten keinerlei Unannehmlichkeiten zu bereiten, da vor der Buchhandlung sich allerlei lichtscheue Gestalten in schäbigem Anzug herumtreiben, die für acht Groschen das Vaterland und unsere Buchhandlung verrathen, haben die Soldaten die Buchhandlung auf einem anderen Wege wieder verlassen müssen. Nicht einmal Schreibpapier ist den Soldaten verabreicht worden — so gewissenhaft verfuhr das Personal der Buchhandlung. Zu bemerken ist, daß sämmtliche Geladene zu gleicher Zeit bestellt sind — Redaktion, Expedition und Buchhandlung also für die Zeit der Vernehmung geschlossen werden müssen. Wer kommt für den hieraus entstandenen Schaden auf? Gegen einen solchen Eingriff in unseren Gewerbebetrieb erheben wir entschieden Protest. Wir werden die Militärbehörde für den hieraus entstehenden Schaden haftbar machen. Wie streng die Militärbehörde gegen Soldaten vorgeht, die die Buchhandlung der „Volksstimme" betreten oder die Auslagen in den Schaufenstern besehen, geht daraus hervor, daß ein Soldat, welcher sich das letztere Vergehen zu Schulden kommen ließ, drei Tage Mittelarrest erhalten hat. Nach seiner Entlassung aus der Armee ist der dieserhalb bestrafte Soldat ein guter Kunde der Buchhandlung und Abonnent der „Volksstimme" geworden."

Parteigenossen und Organisationen, unter dieser Spitzmarke brachten wir jüngst eine Warnung vor dem Gärtner Rudolf Prinz. Derselbe schreibt unserem Parteiorgan, der „Fränkischen Tagespost", die diese Warnung ebenfalls gebracht, nun Folgendes: „Geehrte Redaktion! In Nr. 242 der „Fränk. Tagespost" bringen Sie unter der Spitzmarke: Parteigenossen und Organisationen eine Notiz, die geeignet ist, meine Ehre anzugreifen. Es diene Ihnen daher zur Kenntniß, daß die Behauptung, ich hätte der Gewerkschaftskommission Oesterreichs Gelder entlockt, um damit eine Gärtner-Organisation zu gründen, und daß ich dann meinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei, vollständig aus der Luft gegriffen ist, da ich der genannten Kommission nie Gelder entlockte und seit zehn Jahren meinen Verpflichtungen der Partei gegenüber stets nachgekommen bin. Die von ihnen gebrachte Notiz entstammt wahrscheinlich einer Seite, mit der ich schon in Wien vielfach persönlichen Streit hatte. Im Uebrigen werde ich nicht versäumen, alle Schritte zu thun, um den oder die Urheber dieser schändlichen Verleumdung der gerichtlichen Bestrafung zuzuführen. Mit aller Achtung J. Rudolf Prinz, Obergärtner."

Als das Muster eines Parteiortes darf man wohl den holsteinischen Ort Lägerdorf bezeichnen. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes blühte dort die politische und gewerkschaftliche Bewegung auf und die unzähligen Hindernisse, die man ihr behördlicher- und privaterseits bereitet, vermögen dem Wachsthum des Sozialismus nicht Einhalt zu thun. Im Gemeinderathe hat die Arbeiterschaft nach und nach alle vier Sitze der dritten Klasse erobert und bei der letzten Reichstagswahl wurden von 911 Stimmen nicht weniger als 823 für den Kandidaten der Sozialdemokratie abgegeben.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Beleidigung des Prinzregenten von Bayern verhandelte das Münchener Landgericht hinter verschlossenen Thüren gegen drei Frauen, die anläßlich der Begnadigung eines zum Tode verurtheilten Raubmörders allerlei Betrachtungen angestellt und den Prinzregenten beschimpft haben sollen. Eine Frau wurde freigesprochen. Die beiden anderen zu vier und fünf Monaten Gefängniß verurtheilt.

Das Friedensmanifest des Zaren

soll seine Entstehung einem Werk des russischen Nationalökonomen J. S. Bloch „Der künftige Krieg in technischer, politischer und wirthschaftlicher Darstellung" verdanken. Aus einer längeren Darstellung dieses Buches im Export geben wir folgende interessante Ausführungen Bloch's wieder:

Die Zahl der streitbaren Kräfte würde sich nach Bloch, im Vergleich zum deutsch-französischen Kriege, bei einem kommenden Weltkriege ins Unendliche vermehren. Im Jahre 1869 hätten die Staaten des gegenwärtigen Zwei- und Dreibundes insgesammt 5,230,000 Soldaten in den Krieg schicken können, gegenwärtig können sie 17,500,000 Soldaten zur Verfügung stellen. — England und die Türkei sind dabei für den Ernstfall als Nichtbetheiligte angesehen, sonst würden die Ziffern noch beängstigender anschwellen.

Von der männlichen Bevölkerung zwischen 20 und 50 Jahren, also von der eigentlichen produktionsfähigen Bevölkerung, würden vordem ungekannte Massen dem Erwerbsleben entrissen werden. Vergleicht man die Soldatenziffer in Kriegszeiten mit der Zahl der männlichen Bevölkerung im Alter von 20 bis 50 Jahren, so erhält man folgendes Verhältniß:

	Zusammensetzung der Armee in Kriegszeiten	Männliche Bevölkerung von 20—50 Jahren	Prozentual-Verhältniß
Deutschland	3,600,000	9,508,000	37,8
Oesterreich	2,062,000	7,693,000	27
Frankreich	3,600,000	8,013,000	45
Rußland	4,556,000	22,662,000	20,1

Eine Kriegführung mit solchen Massen, falls sie überhaupt sich verwirklichen ließe, würde geradezu fabelhafte Kosten verursachen, unter denen selbst der Sieger bald zusammenbrechen müßte. Daß der Besiegte noch Kontributionen werde zahlen können, sei ausgeschlossen. Pro Tag berechnet Bloch für die fünf Staaten des Zwei- und Dreibundes die Kriegskosten auf 105 Millionen Franks, also auf über 80 Millionen Mark und zwar

für Deutschland bei 2,55 Mill. Soldaten im Felde auf 25,5 Mill. Fr.
" Oesterreich " 1,3 " " " " " 13,0 " "
" Italien " 1,28 " " " " " 12,8 " "
" Rußland " 2,8 " " " " " 28,0 " "
" Frankreich " 2,6 " " " " " 25,59 " "

Außerdem müßten diese fünf Staaten zur Unterstützung der Familien der Krieger nahezu 4 Millionen Mark pro Tag ausgeben. Pro Jahr würden die Kriegskosten betragen: Deutschland 10,7 Milliarden (10 681 Millionen) Frcs., in Oesterreich 5,3 Milliarden, in Rußland 11,8 Milliarden, in Italien 5,2 Milliarden, in Frankreich 10,7 Milliarden Frcs.

Eine regelmäßige, ausreichende Versorgung dieser Aufgebote mit Lebensmitteln hält Bloch für undenkbar. Auch über die wahrscheinlichen Kursverluste aller Staats- und Werthpapiere versucht er Berechnungen.

Lehrreich sind alsdann die Zusammenstellungen über die Vervollkommnung der Kampfmittel. Die neue 5-Millimeter-Flinte ist 13mal wirksamer, als die vom Jahre 1870. Was das Kanonenfeuer anbetrifft, so kann es gegenwärtig aus den Reihen eine viel größere Anzahl von Soldaten herauswerfen, als man sie vordem auf das Kriegsfeld bringen konnte. Hier bringt es die Zahl der Verluste zu geradezu absurden Resultaten. Die Wirkung der französischen Kanonen vom Typus 1891 ist 119mal gefährlicher als die aus der Kampagne von 1870. Die Verluste werden demnach unermeßliche werden. Die Kriegführung wird geradezu zur Absurdität, da die kämpfenden Theile sich abschlachten würden, ohne daß große Erfolge zu erwarten seien.

Bloch schlägt, um aus dem unerträglichen Zustand des bewaffneten Friedens herauszukommen, internationale Schiedsgerichte zur Entscheidung aller Streitfragen zwischen den Völkern Europas vor. Er wünscht einen „Bahnbrecher" für dieses große Friedenswerk.

Ganz unwahrscheinlich scheint es nicht, daß der Zar zu seinem so gar nicht politischen internationalen Abrüstungsvorschlage durch diese Zahlen-Zusammenstellungen getrieben worden ist. Denn um dabei ein Grauen vor dem Militarismus zu empfinden, dazu gehört doch nur ein ganz klein wenig menschliches Fühlen. Und auch nur ein ganz klein wenig gesunde Vernunft gehört dazu, um einzusehen, daß der Vormarsch des Militarismus in einer Sackgasse stattfindet und daher nothwendig aus dem Schrecken ohne Ende ein Ende mit Schrecken werden muß. Mag also der Abrüstungsvorschlag ernst gemeint sein oder nicht, mag die Friedenskonferenz einen Erfolg haben oder nicht, das steht fest, die Tage des Militarismus sind gezählt. An sich selbst wird diese Landplage der Menschheit in nicht allzu ferner Zeit zu Grunde gehen.

(Ende der Rubrik: Politische Uebersicht.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunglück. Zwischen Mecheln und Terneuzen stieß Donnerstag Vormittag ein Personenzug mit einem Güterzuge zusammen. Ungefähr zwanzig Personen wurden verwundet, unter ihnen einige schwer; der Materialschaden ist bedeutend.

Aus Eifersucht tödtete in Augsburg der erst vom Militär entlassene Schuhmacher Jos. Maier seine Geliebte, die Fabrikarbeiterin Franziska Hackel durch einen Revolverschuß. Hierauf versuchte sich der Mörder selbst zu entleiben, indem er sich mehrere Messerstiche beibrachte. Schwerverletzt wurde er in das Krankenhaus gebracht.

Von dem Untergang des deutschen Dampfers „Trinidad", der mit einer Ladung von Feuerungsmaterial für die deutsche Flotte in Ostasien von Hamburg nach Kiautschau unterwegs war und in der Straße von Formosa einem schweren Taifun zum Opfer gefallen ist, treffen jetzt briefliche Nachrichten ein. Das Deckhaus mit allen Signalflaggen wurde von den Wogen fortgerissen, so daß es der Bemannung schwer war, den vorüberfahrenden Schiffen Nothsignale zu geben. Zwei Dampfer fuhren vorbei, ohne die schlimme Lage der „Trinidad" zu bemerken. Endlich brachte der englische Postdampfer „Rohilla" den Schiffbrüchigen Hilfe, nachdem diese bereits zwei Tage auf Schiffszwieback und Wasser angewiesen gewesen waren. Trotz des hohen Seegangs gelang es zwei Booten der „Rohilla", an die „Trinidad" heranzukommen und die ganze Bemannung von 20 Personen einschließlich eines Fahrgastes, sowie ihre Privatsachen zu retten. Der Capitän der „Rohilla" ließ seinem Collegen von der „Trinidad" empfehlen, seinen Dampfer womöglich zum Sinken zu bringen, wenn er ihn verlassen wolle, damit er in der von Fahrzeugen aller Art belebten Straße von Formosa nicht eine Gefahr für die Schiffahrt würde. Diesem Rate leistete man dadurch Folge, daß man den Verschluß der Centrifugalpumpe entfernte. Da die „Trinidad" bereits ziemlich voll Wasser war, so konnte man annehmen, daß sie wenige Stunden, nachdem sie preisgegeben worden war, sinken würde. Die Bemannung des Deutschen Dampfers sprach sich sehr lobend über die Art und Weise aus, wie die englichen Boote bei dem hohen Seegang geführt wurden; auch war sie für die freundliche Aufnahme dankbar, die sie auf dem Postdampfer fand.

Verunglückter Taucher. In Fiume hat neulich Nicolaus Striela, Taucher der Hafenbau-Unternehmung, in Ausübung seines Berufes sein Leben eingebüßt. Er hatte sich auf den Meeresgrund hinabgelassen; als er jedoch durch längere Zeit kein Lebenszeichen von sich gab, ahnte man, daß ein Unglück geschehen sei und thatsächlich wurde er von den bei den Pumpen befindlichen Angestellten als Leiche hinaufgezogen. Er war erstickt, während er in einer Meerestiefe von siebzehn Metern arbeitete. Die Polizei sequestrirte sämmtliche Taucherapparate und leitete eine strenge Untersuchung ein. Der Verunglückte war Vater von fünf Kindern.

Der sibirische Aussatz und die sibirische Pest breiten sich nach sibirischen Zeitungen immer mehr aus. Insbesondere in der Gegend von Witimsk werden nicht nur die Hausthiere von der Krankheit befallen, sondern auch wilde Thiere, wie Eisenthiere, Hirsche, wilde Ziegen u. s. w.

Sociale Uebersicht.

Zur Lage der Apothekergehilfen. Das Apotheker-Monopol verhilft den Besitzern der Apotheken zu einer fast absolut sicheren und dabei äußerst gewinnbringenden Existenz. Die Kehrseite bildet die unbefriedigende Lage des Apothekergehilfen, dessen Existenz um so fragwürdiger erscheint, als die Zahl der Apotheken in Folge des Monopols beschränkt ist, denn der außer Stellung gerathene Gehilfe findet nur schwer in einer anderen Apotheke ein Unterkommen, es sei denn, er wolle seine Kollegen unterbieten. Während der Apothekenbesitzer Geld auf Geld häuft, blüht dem über Kapital nicht verfügenden Gehilfen besten Falles nur die Aussicht, für ein mehr oder minder mäßiges Gehalt dem Prinzipal zeitlebens seine ganze Arbeitskraft widmen zu dürfen. Aber wie viele Apothekenbesitzer behalten den Gehilfen noch im Dienst, wenn Alter oder Krankheit seine Arbeitskraft geschwächt haben? Jüngere Kräfte einzustellen, vor allem solche, die mit geringerem Gehalt vorlieb nehmen, das ist auch in der Apothekerei die Parole des Unternehmerthums. Einen Beleg dafür findet man in der neuesten Nummer der in Berlin erscheinenden „Pharmazeutischen Zeitung", die im Inseratentheil folgenden bezeichnenden Aufruf eines Altonaer Apothekers Namens A. Duvell veröffentlicht: „Nach beinahe fünfzigjähriger Dienstfunktion in der Pharmacie bin ich zur Zeit außer Stande, für meine Lebensbedürfnisse das Nöthigste aufzubringen, wende mich daher an das Humanitätsgefühl aller integrirenden Kollegen, Besitzer, Studien-Kommilitonen und Pharmazeuten mit der Bitte, Hilfe zu spenden."

Dampfkessel-Explosionen im Jahre 1897. Im letzten Jahre sind in Deutschland 21 Dampfkessel-Explosionen vorgekommen, die sich auf Kessel verschiedener Konstruktion erstreckten. In 5 Fällen wird nur Wassermangel, in 4 Fällen Wassermangel und mangelhafte oder ungenügende Wartung und in einem Falle zu hohe Dampfspannung in Verbindung mit mangelhafter Wartung als Ursache der Explosion betrachtet.

Seit dem Jahre 1877 werden die Explosionen regelmäßig gezählt; es betrug:

im Jahre	die Zahl der Explosionen	die Zahl der verunglückten Personen überhaupt	davon getödtet	verwundet schwer	verwundet leicht
1877	20	58	21	14	28
1878	18	32	10	5	17
1879	18	78	36	10	32
1880	20	29	10	5	14
1881	11	47	8	18	21
1882	11	48	19	14	15
1883	14	55	23	8	24
1884	14	45	12	11	22
1885	13	22	11	2	9
1886	16	23	10	5	8
1887	14 (37 Kessel)	83	17	5	61
1888	15	11	4	3	4
1889	16	28	6	5	17
1890	16	21	9	1	11
1891	10	10	—	3	7
1892	18	41	12	11	18
1893	10	21	6	5	10
1894	35	34	12	9	13
1895	23	74	20	23	31
1896	21	25	10	2	13
1897	21	39	17	3	19
Zusammen	354	824	273	162	389

Bei den im Jahre 1897 vorgekommenen 21 Explosionen wurde ermittelt, daß in 9 Fällen das Bedienungspersonal der Dampfkessel Nebenarbeiten verrichten mußte. Wegen der großen Unfallgefahr des Dampfkesselbetriebes erscheint ein gesetzliches Verbot der Nebenbeschäftigung der Heizer dringend nöthig. Von nicht minder wohlthätigem Einflusse wäre eine gesetzliche Regulirung der Arbeitszeit der Heizer, die jetzt vielfach so lang ist, daß es fast als ein Wunder bezeichnet werden kann, daß nicht mehr Kesselexplosionen vorkommen.

Briefkasten der Redaction.

K. K., Waldenburg. Daß Jemand auf das Inserat im „Wochenblatt", enthaltend Preisaufgabe mit dem Vexirbild „Wo ist denn schnell mein Dachsel?" hineingefallen sein sollte, glauben wir nicht. Der Schwindel ist doch zu offenbar.

Zur Beachtung für Alle, die an die Redaction schreiben.

1. Wenn Du etwas einer Zeitung mittheilen willst, thue dies rasch und schicke es sofort ein; denn was neu ist, wenn Du es denkst, ist vielleicht nach wenigen Stunden nicht mehr neu.
2. Sei kurz; Du sparst damit die Zeit des Redacteurs und Deine eigene. Dein Princip sei: Thatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.
4. Schreibe nicht „gestern" oder „heute", sondern den Tag oder das Datum.
5. Corrigire niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
6. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerschneiden und an die Setzer vertheilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten ein Beitrag heute keine Aufnahme mehr finden kann und für morgen zurückgelegt werden muß.
7. Gieb der Redaction in Deinen sämmtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaction nie berücksichtigen.

Neueste Nachrichten.

Nordenheim, 20. Oktbr. Schiffsunfall. Der zwischen Gourdon und Johnshaven gescheiterte Dampfer, von welchem Wrackstücke und zwei Bojen gefunden wurden, ist der Fischdampfer „Wiesbaden" aus Bremen der deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee" in Nordenham. Der Dampfer war auf Fischfang gegangen. Die Besatzung bestand aus dem Kapitän Croon, einem Steuermann und neun Mann. Genauere Meldungen sind bei der Gesellschaft noch nicht eingetroffen. Sämmtliche in letzter Zeit zurückgekommene Fischdampfer berichten einstimmig über lang anhaltendes furchtbares Unwetter in der Nordsee.

Paris, 21. Oktober. Die Faschoda-Frage. Die hiesigen Blätter verzeichnen das Gerücht, Frankreich habe seine Geneigtheit ausgesprochen, Faschoda zu räumen, falls ihm ein anderer, noch näher zu bestimmender Punkt am Nil zugestanden werde.

Billigste Bezugsquelle
für Herren-, Damen- und Kinder-Schuhe.
Nur gutes Material.
Dauerhafte Arbeit.
Reparaturen prompt.

Jacob Donnebaum,
Gräbschener-Straße 41.

8956

Ich verkaufe keine **Ramschwaare** nur von mir **selbst verfertigte reelle**

Herren- u. Knaben-Garderobe

die ich zu **unvergleichlich billigen Preisen** abgebe und offerire:

4040

Knaben-Garderobe

Anzüge und Paletots schon von 1,50 an.
Einzelne Beinkleider „ „ 0,75 „

Herren-Garderobe.

Anzüge und Paletots schon von 6,— an.
Joppen, warm gefüttert „ „ 4,50 „
Beinkleider „ „ 2,— „

Eduard Freund

Reuschestraße 57, Ecke Hinterhäuser.
Waaren-Haus nur reeller
Herren- u. Knaben-Garderobe.

JULIUS HENEL vorm. C. FUCHS
Hoflieferant.

BRESLAU
am Rathhause 24.

Warme und trockene Füsse
sind die Hauptbedingung zur Erhaltung der
Gesundheit.
Wir empfehlen daher unsere
Echt St. Petersburger Gummischuhe
der Russian American India Rubber Compagnie
in den stets bewährt. best Qualitäten
bei unerreicht billigen Preisen
für
Damen, Herren und Kinder.

Franco-Versand aller Waaren im Werthe von 20 Mark an.
Reich illustrirte Hauptpreislisten kostenfrei. 4037

Färberei und chemische Waschanstalt
G. Hamer, Korweristr. 17
reinigt vorzüglich 3813
ganze Herren-Anzüge und Damen-Kleider **von Mark 2,25 an.**

4036

Restaurant
„Zur grünen Eiche“
Reusche-Strasse 7.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Gut gepflegte Biere und Weine.
Vorzügliche Küche. Kleine Preise.

Inhaber A. Koenig.

Thatsache ist es,

daß der Verkauf der enorm großen Waaren-Vorräthe nur bis zum Ablauf des aufgekündigten Miethe-Vertrages stattfinden, denn

die „Goldene 74“ wird aufgelöst,

und wird weder ein Reklamegebäude mehr eingerichtet noch gemiethet

deshalb so unglaublich billig.

Die seit vielen Jahren bei Arm und Reich eingeführte

wirklich gute Winter-Garderobe

wird, ohne den Selbstkostenpreis in Betracht zu ziehen, so billig abgegeben

daß Jeder überzeuge sich

von dieser gewiß nie wiederkehrenden Gelegenheit

ehe er anderweitig kauft

und bittet die guten Qualitäten und billigen Preise:

Winter-Jagger	statt	7½ Mk.	nur	4½ Mk.	Herren-Anzüge	statt	14 Mk.	nur 6½ Mk.
Winter-Joppen	„	6½ „	„	3½ „	Jünglings-Anzüge	„	12 „	„ 5½ „
Winter-Paletots	„	15 „	„	8 „	Knaben-Anzüge	„	7 „	„ 3 „
Winter-Mäntel	„	20 „	„	10½ „	Knaben-Hosen	„	3 „	„ 1 „
Winter-Anzüge	„	21 „	„	11½ „	Herren-Paletots	„	11 „	„ 5 „
Knaben-Mäntel	„	8 „	„	3½ „	Herren-Anzüge	„	25 „	„ 18 „
Knaben-Paletots	„	6½ „	„	2 „	Elegante Joppen	„	20 „	„ 12 „
Knaben-Jagger	„	6½ „	„	3,75 „	Schwere Joppen	„	9 „	„ 5 „
Herren-Schlafröcke	„	12 „	„	6½ „	Herren-Paletots	„	8 „	„ 4½ „
Knaben-Mäntel	„	17 „	„	9½ „	Herren-Hosen	„	5 „	„ 2½ „
Herren-Westen	„	3 „	„	1½ „	Gehrock-Anzüge	„	39 „	„ 22 „
Knaben-Westen	„	2 „	„	75 Pfg.	Gutes mittel Winter-Mantel für Mk.			

Nur in der „Goldenen 74“

Breslau, Ohlauerstrasse 74, in der 1. Etage.

Der Versand nach Auswärts geschieht unter Nachnahme des Betrages bei reellster Bedienung.
Trotz der Billigkeit erhält auch jeder Käufer eine Zugabe,
ein jedes Kind ein reizendes Geschenk!

74 74

Achtung!

2% Um den colossal Andrang Sonnta von 11—2 Uhr vermeiden, gewäh dem Publikum **2%**

Rabatt, welche ihre Einkäufe von 7— Uhr besorgen.

404

Deutsches Kaufhaus

Ohlauerstr. 45b,
neben Ohlauer Thorwache

Winter-Paletot
von Mk. 9,00 bis 29,50.
Winter-Mantel
von Mk. 11,50 bis 26,00,
Winter-Anzüge
von Mk 7,50 bis 24,50,
Winter-Hosen
von Mk. 2,50 bis 7,50,
Winter-Joppe
von Mk. 4,50 bis 8,30,
Winter-Jagdwesten
von Mk. 1,50 bis 4,00,
Winter-Handschuhe
von Mk 0,40 bis 1,75,
Winter-Normalhemden
von Mk. 0,95 bis 1,80,
Winter-Normalhosen
von Mk. 0,90 bis 1,60,
Winter-Seehundmütze
von Mk. 2,00 bis 3,25,
Herren-Gummischuhe
von Mk. 2,75 bis 5,00.

Verantwortlich für die politische Redaktion: Emil Rosenfeld; für den übrigen Theil: Ernst Heilmann; — Drucker und Expedition: Buchdruckerei A.G. — Verlag von Ernst Heilmann; Druck von Ch. Schmidt; — sämmtlich in Breslau. — Telephon: Breslau.

Beilage zu Nr. 247 der „Volkswacht“.

Freitag, den 21. Oktober 1898.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 21. October 1898.

Landtagswähler! Parteigenossen!

Die Wichtigkeit der nahe bevorstehenden Landtagswahl erfordert die energische Theilnahme der Breslauer Arbeiterschaft. In glänzenden Siegen haben die Breslauer Arbeiter seit langen Jahren die beiden Mandate zum deutschen Reichstag erobert. Es gilt jetzt, auch im preußischen Landtage Fuß zu fassen, es gilt vor Allem, den Sieg der Reaktion, der erbitterten Feinde unserer letzten Rechte und Freiheiten zu verhindern. Es ist daher die heilige Pflicht eines jeden guten Gesinnungsgenossen, am Wahltage Donnerstag, den 27. Oktober, tapfer auf dem Posten zu sein!

Bei den Wahlen zum preußischen Landtage sind die Schwierigkeiten, die sich der Betheiligung der Arbeiter entgegenstellen, in Folge der ebenso komplizirten wie ungerechten und lächerlichen Vorschriften des Dreiklassenwahlsystems ungleich größer, wie bei den Reichstagswahlen. Das gilt besonders auch insofern, als die Abgabe der Stimme an einen bestimmten Zeitpunkt (in Breslau Mittags 1 Uhr) gebunden ist und längere Zeit erfordert, wie bei der Reichstagswahl. In Rücksicht auf diesen Umstand fordert nunmehr das unterzeichnete Wahlkomitee alle Arbeiter und Genossen dringend auf, in allen Fabriken, Werkstätten, Geschäften und sonstigen Betrieben dafür einzutreten, daß die Mittagpause am Donnerstag, den 27. d. M. um eine resp. anderthalb Stunden, mindestens aber bis Nachmittag 4½ Uhr verlängert wird. Kein ständiger Arbeitgeber kann und wird einem solchen Ersuchen seiner Arbeiter Widerstand entgegen setzen, um so weniger, als sämmtliche Behörden ihren Beamten am Wahltage Nachmittags einen längeren Urlaub gegeben haben.

Arbeiter! Genossen! Es ist Eure Pflicht, dafür zu sorgen, daß Ihr die nöthige Zeit zur Ausübung eines wichtigen staatsbürgerlichen Rechtes erlangt! Geht daher ungesäumt an's Werk!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee für die Landtagswahlen.

Die Liegnitzer Genossen hielten vorgestern eine Versammlung ab, um nochmals Stellung zu den Landtagswahlen zu nehmen.

Der Vorsitzende wies auf den Beschluß der letzten Partei-Versammlung über die Betheiligung an den Landtagswahlen durch Aufstellung eigener Wahlmänner hin. Ein weiterer Beschluß jener Versammlung sei die Absendung einer Petition an den Magistrat gewesen, den Beginn der Wahl auf Nachmittags 5 Uhr festzusetzen. Dieser Petition habe aber der Magistrat nicht stattgegeben, sondern den Beginn der Wahlmännerwahl auf Vormittag 11 Uhr anberaumt. Dieser für die Arbeiter höchst ungünstige Zeitpunkt habe das Wahlkomitee veranlaßt, von der Aufstellung eigener Wahlmänner abzusehen und einen darauf bezüglichen Antrag der heutigen Versammlung zu unterbreiten. Das Wahlkomitee empfehle aber den Parteigenossen dringend die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen und ersuche, von vornherein für die vom liberalen Wahlkomitee aufgestellten Wahlmänner zu stimmen, nicht aus Liebe zum Liberalismus resp. Freisinn, sondern einzig und allein aus dem Grunde, eine konservative Mehrheit im preußischen Landtage verhindern zu helfen. Eigene Wahlmänner hätten dem Komitee genügend zur Verfügung gestanden und nur der ungünstig gelegenen Wahlzeit wegen lehne das Komitee von der Aufstellung derselben ab, da dadurch ein nennenswerther Erfolg der Partei nicht zu erzielen sei. Der Hinweis auf die Mittagspause treffe für viele Arbeiter nicht zu, die wegen zu weiter Entfernung der Arbeitsstätte von der Wohnung gar nicht nach Hause Mittagessen gehen könnten, sondern dasselbe auf der Arbeitsstätte verzehrten. Dem Vorschlage des Komitees wurde von allen Rednern zugestimmt und bedauert, daß der Magistrat den Beginn der Wahl nicht auf 5 Uhr Nachmittags verlegt habe. Der angeführte Grund, daß dann die Wahlprotokolle nicht noch am selben Tage dem Wahlkommissarius eingereicht werden könnten, sei ein gesuchter. Es sei nicht anzunehmen, daß bei der Wahl am Vormittag auch aus allen ländlichen Bezirken die Wahlprotokolle noch am Wahltage selbst beim Wahlkommissarius eingehen, und eine gesetzliche Verpflichtung hierzu bestehe wohl schwerlich, denn sonst hätten wohl Städte wie Berlin den Beginn der Wahl nicht auf Nachmittag verlegen dürfen. Der Antrag des Komitees gelangte hierauf zur Annahme. Weiter suchte das Wahlkomitee die Ermächtigung nach, in etwa nothwendig werdende Unterhandlungen mit dem liberalen Wahlkomitee eintreten zu können. Es sei — wie der Vorsitzende ausführte — nothwendig, daß dem Komitee hierin freie Hand gelassen werde. Die liberalen Kandidaten, Rechtsanwalt Kauffmann-Berlin und Fabrikbesitzer Hoffmeister-Glogau, hätten in der am Montag im Badehause abgehaltenen Versammlung allerdings zugesagt, für Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts bei den preußischen Landtagswahlen, für entschiedene Bekämpfung aller Maßnahmen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen; im Besonderen für den Schutz des freien Vereins- und Versammlungsrechts, Schutz des Koalitionsrechtes und Schutz der Freizügigkeit einzutreten. Nur bezüglich des weiteren Ausbaues der Arbeiterschutz-Gesetzgebung habe man sich ausgeschwiegen, und zwar angeblich aus dem Grunde, weil der Ausbau der Arbeiterschutzgesetze nicht Sache des Landtages, sondern des Reichstages sei. Das sei aber in so fern nicht richtig, als z. B. das Berggesetz der Landesgesetzgebung untersteht und gerade der Bergarbeiterschutz bedarf des weiteren Ausbaues.

Von verschiedenen Rednern wurde aufgefordert, nunmehr zahlreich sich an der Landtagswahl zu betheiligen; es müßten 47 bis 50 neue Wahlmänner-Mandate gewonnen werden, dann sei der Sieg der liberalen Kandidaten gesichert. Günstig liegen die Verhältnisse dadurch, daß bei der jetzigen Wahl in der Stadt Liegnitz 18 Wahlmänner mehr zu wählen sind als voriges Mal, und wenn nun noch in denjenigen ländlichen Bezirken, wo die Arbeiterschaft vorherrschend ist, eine rege Agitation entfaltet wird, so könnten die 5 neuen Mandate errungen werden. Eine darauf bezügliche Aufforderung an die ländlichen Parteigenossen werde demnächst erfolgen. Die Versammlung ermächtigte darauf das Komitee, eventuell in Verhandlungen mit dem Komitee der liberalen Parteien einzutreten.

---

* **Stadtverordneten-Versammlung.** In der gestern stattgefundenen Sitzung wurde man daran gemahnt, daß wir auch vor den Stadtverordneten-Wahlen stehen. Eine kleine Erinnerung daran kann in der That garnicht schaden, denn es gewinnt fast den Anschein, als ob das Interesse dafür durch die Agitation für die Landtagswahlen ganz in den Hintergrund gedrängt worden wäre. Stadtv. Gothein warf dem Kollegen Krebs vor, er, Krebs, bringe seine bereits in der Ausschußsitzung gegen eine Vorlage geltend gemachten Bedenken nur deshalb nochmals im Plenum vor, um sie den Wählerkreisen genügend bekannt zu machen. Bei Berathungen der Vorlage betreffend den Antrag des Magistrats auf Ankauf der Häuser Weißgerbergasse 34 und Burgfeld 3 hatte Stadtv. John referirt, die Vorlage freudig begrüßt und den Herrn Oberbürgermeister aufgefordert, nur mehr solche Ankäufe vorzunehmen, um die Linie der Engelsburg über das Burgfeld fortzuführen, als der Oberbürgermeister sich erhob und den Wahlaufruf der „Freien Vereinigung“ hervorholte, den Stadtv. John mit unterzeichnet hat: „Hier im Saal fordern Sie mich auf, mit Ankäufen vorzugehen und hier in Ihrem Flugblatt greifen Sie mich an „wegen unproduktiver Ausgaben“, zwar in anständigen Worten, aber um so schärfer durch die versteckten Hindeutungen. Kommen Sie bei derartigen Angriffen doch nicht mit allgemeinen Redensarten: „Thunlichste Sparsamkeit ist geboten“, „diese muß und kann innegehalten werden“, sondern mit bestimmten Thatsachen. Ferner bringen Sie absolut falsche Ziffern, die der Laie natürlich glaubt, so wie Ihnen die Nicht-Stadtverordneten geglaubt haben, die dies Flugblatt und seine falschen Angaben unterschrieben haben. Stadtv. John war über das Vorgehen des Oberbürgermeisters „völlig erstaunt“, bewirkte aber durch diese Erwiderung nur, daß Herr Bender nochmals das Wort ergriff, um die in dem Flugblatt enthaltenen Angriffe zurückzuweisen. Die Angelegenheit hätte jedenfalls die Stadtväter noch lange beschäftigt und sicher auch noch mehr erregt, wenn nicht der Vorsteher, auf die Geschäftsordnung sich berufend, der Debatte ein Ende bereitet hätte.

Berathen wurden nur eine beschränkte Anzahl Vorlagen, darunter auch diejenige, welche die Uebernahme der Bau- und Wegepolizei betrifft. Stadtv. Heilberg, als Referent, wies auf die großen Vortheile hin, die dem Gemeinwesen durch die Annahme dieser Vorlage ermachsen und beantragte, dieselbe anzunehmen. Die Versammlung erklärte sich mit diesem Antrage einverstanden.

Um 6½ Uhr erreichte die Sitzung ihr Ende.

* **Fleischtheuerung** und Viehausfuhr nach dem Ausland. Die „Schles. Ztg.“ triumphirt, daß vom Breslauer Markt jetzt Schlachtvieh nach der Schweiz, ja in neuerer Zeit sogar nach dem nordwestlichen Böhmen ausgeführt wird. — Die Thatsache ist richtig, schreibt die „Freis. Ztg.“. Nach der amtlichen Statistik sind in den ersten acht Monaten dieses Jahres 4172 Stück Ochsen, Stiere und Kühe, 2327 Stück Jungvieh und Kälber, 3356 Stück Schweine und Spanferkel ausgeführt worden. Dazu kommt die große Ausfuhr an Schafvieh, welche hauptsächlich nach der Schweiz und Belgien geht und in den ersten acht Monaten 118,821 Stück betrug. Während das Inland gegen ausländisches Vieh abgesperrt ist, wird umgekehrt das inländische Angebot auch noch vermindert durch die Ausfuhr von Vieh nach dem Ausland.

* **Anstellung von Schulärzten** in Berliner Gemeindeschulen. Die Berliner Stadt-Schuldeputation beschloß, den Gemeindebehörden zur Genehmigung zu unterbreiten, daß für jede Gemeindeschule ein Schularzt vom Magistrat kontraktlich angenommen werde. Einem Arzte dürfen höchstens sechs Schulen übertragen werden.

* **Kostenlose Untersuchung von Auswurf auf Tuberkelbazillen.** Das preußische Kultusministerium hat auf Ansuchen der Zentralkommission der Berliner Krankenkassen angeordnet, daß im Institut für Infektionskrankheiten für die Mitglieder der Krankenkassen kostenlos Untersuchungen von Auswurf auf Tuberkelbazillen vorgenommen werden. — Warum aber nur für die Mitglieder der Krankenkassen? Im Interesse der nicht Versicherten wäre dringend zu wünschen, daß diese Beschränkung fallen gelassen wird.

* **Noch ein „grober Unfug“!** Aus Posen wird geschrieben: Was die Gerichte Alles als unter den Groben-Unfugs-Paragraphen fallend betrachten, davon zeugte eine Verhandlung, welche vor der dritten Strafkammer als Berufungsinstanz verhandelt wurde. Vom hiesigen Schöffengerichte war ein Buchhalter zu 15 Mark Geldstrafe verurtheilt worden, weil er einem jungen Mann auf der Straße nachgegangen war. Das Recht, auf der Straße ungehindert zu gehen, so führte das schöffengerichtliche Urtheil aus, steht jedem Menschen zu, und wenn Jemand dieses Recht behindern wolle, so richte sich dieser Angriff nicht gegen die einzelne Person, sondern gegen die Allgemeinheit. (!) Die Strafkammer hob selbstverständlich dieses Urtheil auf und sprach den Angeklagten frei. Wenn man der Theorie des Schöffengerichts folgen sollte, so müßte jede auf der Straße begangene Beleidigung auch gleichzeitig die Verübung groben Unfugs enthalten.

* **Schulausfall.** Für die am Donnerstag, 27. Oktober, Mittags 1 Uhr im Wahlbezirk der Stadt Breslau zu vollziehenden Wahlmännerwahlen behufs Neuwahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden als Wahllokale Schulzimmer und Turnhallen benutzt. Der Magistrat ersucht daher die städtische Schuldeputation, Anordnung zu treffen, daß die näher bezeichneten Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, weshalb letztere verordnet, daß der Unterricht an dem Tage der Landtagswahl in allen Klassen der Volksschulen ausfällt. Auch da, wo sich mehrere Schulen in einem Hause befinden, fällt der Unterricht für die Schulen, deren Räume nicht als Wahllokal benutzt werden, ebenfalls aus.

* **Herbst-Kontrol-Versammlungen 1898 im Landwehr-Bezirk I Breslau.** Dieselbe wird mit sämmtlichen in Kontrole obigen Landwehr-Bezirks stehenden Mannschaften des Beurlaubtenstandes der Reserve (Jahresklassen 1891 bis 1898) wie folgt abgehalten:

I. Provinzial-Infanterie.

1. **Melde-Abth. a. d. Friedr. Wilhelms-Wiese im Bürgerwerder.** Mittwoch, 2. November, Buchstaben A bis K um 8 Uhr, L bis Z um 9 Uhr Vormittags. Jahresklassen 1893 und 1897.
2. **Melde-Abth auf dem Exerzirplatz im Westend (Viehweide).** Sonnabend 5 November, Buchstaben A bis K um 8 Uhr, L bis Z um 9 Uhr Vormittags. Jahresklasse 1891. Montag, 7. November, Buchstaben A bis K um 8 Uhr, Buchstaben L bis Z um 9 Uhr Vormittags. Jahresklasse 1895.
3. **Melde-Abth. auf dem Exerzirplatz i. Westend (Viehweide).** Mittwoch, 2. Novbr., Buchstaben A bis K um 8 Uhr, Buchstaben L bis Z um 9 Uhr Vormittags, Jahresklasse 1892. Donnerstag, 3. November, Buchstaben A bis H um 8 Uhr, Buchstaben I bis Q um 9 Uhr, Buchstaben R bis Z um 10 Uhr Vormittags, Jahresklasse 1896.
4. **Melde-Abth. auf dem Exerzirplatz i. Westend (Viehweide).** Freitag, 4. November, Buchstaben A bis K um 8 Uhr, Buchstaben L bis Z um 9 Uhr Vormittags, Jahresklasse 1894.

II. Alle anderen Waffen.

5. **Melde-Abth. im Bürgerwerder am Exerzirhause d. Infant.** Donnerstag, 3. November, um 8 Uhr Vorm., Oekonomie-Handwerker, Jahresklassen 1891—1896, um 10 Uhr Vorm., Provinzial-Kavallerie, Jahresklassen 1891—1897. Freitag, 4. November, um 8 Uhr Vorm., Provinzial-Krankenträger, Jahresklassen 1891—1896, um 10 Uhr Vorm., Unterärzte, halbjähr. gediente und ausgebildete Lazareth-Gehilfen, Militär-Krankenwärter, Geistliche, Fahnenschmiede, auf Lehrschmieden ausgebild. Beschlagschmiede und Militär-Bäcker, Jahresklassen 1891—1898. Sonnabend, 5. November, um 8 Uhr Vorm., Provinzial-Train, Jahresklassen 1891—1897.
6. **Melde-Abth. im Hofraume der Stadtgraben-Kaserne.** Donnerstag, 3. November, um 8 Uhr Vorm, Garde-Reserve-Infanterie und Spezialwaffen, Jahresklassen 1891—1897.
7. **Melde-Abth. a. d. Friedr.-Wilhelms-Wiese i. Bürgerwerder.** Freitag, 4. November, um 8 Uhr Vorm., Provinzial-Pioniere, Eisenbahntruppen und sämmtliche zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften, Jahresklassen 1891—1897.
8. **Melde-Abth. a. d. Friedr.-Wilhelms-Wiese im Bürgerwerder.** Donnerstag, 3. Novbr., um 8 Uhr Vorm., Provinzial-Feldartillerie, Jahresklassen 1891—1893, um 10 Uhr Vormittags, Provinzial-Feldartillerie, Jahresklassen 1894—1897. Freitag, 4. Novbr., um 8 Uhr Vorm., Provinzial-Fußartillerie, um 10 Uhr Vorm., Marine, Reserve-Zahlmeister-Aspiranten, Pharmazeuten, zeitig Halbinvaliden und Arbeitssoldaten, Jahresklassen 1891—1897.

Die Jahresklasse ist auf dem Deckel des Militär-Passes vermerkt.

Die Mannschaften erhalten hierdurch den Befehl, sich unter Mitbringung ihrer Militärpapiere pünktlich zu gestellen.

Weitere Befehle gehen den Mannschaften nicht zu. Versäumnisse haben die gesetzlichen Strafen zur Folge.

Befreiung von der Kontrol-Versammlung wird nur in den dringendsten Fällen, und nur dann genehmigt, wenn die Befreiungs-Gesuche bis spätestens 27. Oktober cr. bei der zuständigen Melde-Abtheilung eingereicht werden.

* **Das Opfer einer fatalen Verwechslung** wäre nahezu dieser Tage in Breslau eine bekannte Dame aus Warmbrunn, die Gattin eines dortigen Kaufmanns, geworden. Dieselbe wurde in der vorigen Woche durch Privatangelegenheiten nach Breslau geführt. Sie suchte ein ihr von befreundeter Seite empfohlenes Hotel im Centrum der Stadt auf. Soeben hatte sie sich auf das ihr zugewiesene Zimmer begeben, als, wie das „Hirschb. Tagebl.“ meldet, ein Polizist das Hotel betrat und den Portier befragte, ob eine einzelne Dame von dem und dem Exterieur in dem und dem Anzug soeben angekommen sei. Der Portier bejahte, das Signalement paßte fast genau auf die vor wenigen Minuten angelangte Dame. Der Vertreter der heiligen Hermandad erklärte, die Dame verhaften zu müssen, da es die lange und vielgesuchte russische Hochstaplerin Fürstin Trubetzkoi sei. Der Portier erklärte nachdrücklich dem Sicherheitsorgan, daß es sich um einen Irrthum handeln müsse, da die Dame ein an die allerdings nicht anwesende Frau Hotelbesitzerin gerichtetes Empfehlungsschreiben vorgezeigt habe, welches von ihrer Freundin, einer bekannten hoch geachteten Dame in Hirschdorf, stamme. Unter den Umständen verzichtete der Gesandte der Breslauer Polizei auf die Verhaftung. Inzwischen hat bekanntlich die gesuchte Hochstaplerin in Berlin sich vor der Verfolgung in den Tod geflüchtet.

* **Volksvorstellung im Thalia-Theater.** Die Abonnements zu den Gruppen D, E, F werden am Sonnabend und Sonntag im Vestibule des Lobetheaters ausgegeben werden. Die Ausgabe findet von 10—2 Uhr am Sonnabend und von 11—2 Uhr am Sonntag statt.

* **Das altbekannte, früher Endersche Bierlokal** „Zur grünen Eiche“, Reuschestraße 7, das stets stark frequentirt war, ist durch einen tüchtigen, strebsamen Wirth, Herrn A. König, wieder neu eröffnet worden. Herr König, welcher durch seine frühere Wirksamkeit in Hirschberg, Oppeln und anderen Orten bekannt sein dürfte, wird es sich angelegen sein lassen, beste Getränke und vorzügliche Küche zu soliden Preisen zu bieten, und wird außerdem bestrebt sein, den Aufenthalt im Lokal so angenehm wie möglich zu machen.

* **Unglücksfälle.** Ein Schulmädchen verbrühte sich mit siedendem Wasser das rechte Handgelenk. — Ein Schmied fiel rücklings mit dem Kopf auf eine Eisenplatte und verletzte sich schwer am Hinterkopf. — Einem Hausdiener gerieth ein Fremdkörper in das rechte Auge und stach sich dort fest. — Einer Handelsfrau warf in einer Destillation ein Mann im Streit eine Flasche an den Kopf, so daß die Frau eine schlimme Verletzung am Kopfe davontrug. Diesen Verunglückten wurde in Unfallmeldestellen Hilfe zu Theil.

* **Selbstmordversuch?** Am 19. d. M. Abends wurde auf der Dombrücke eine weibliche Person aufgefunden, die wahrscheinlich versucht hatte in die Oder zu springen, mit den Kleidungsstücken aber am Geländer hängen geblieben war. Sie wurde emporgezogen und dann, da sie besinnungslos war, einem Krankenhause übergeben.

* **Selbstmordversuch.** Ein Dominiumarbeiter aus dem Namslauer Kreise versuchte sich am 17. d. Mts. an der Oswitzer Fähre durch Revolverschüsse zu tödten. Nachdem er sich 3 Kugeln in den Kopf geschossen hatte, aber der ersehnte Tod nicht eintrat, stürzte er sich in den Strom. Aber auch dieser Plan wurde vereitelt; denn ein Bademeister zog ihn wieder ans Land. Alsdann wurde der Lebensmüde dem hiesigen Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder zugeführt.

* **Tödtlicher Sturz.** Am 19. d. M., Morgens, wurde in einem hiesigen Stift die Hospitalitin Johanna Ertel im Parterreraum des Wäscheaufzuges todt aufgefunden; dieselbe hatte Morgens ihr im vierten Stock gelegenes Zimmer verlassen. In der Dunkelheit hat sie wahrscheinlich irrthümlich die Thür des Wäscheaufzuges geöffnet und ist in dem Schacht vier Stockwerke hinabgestürzt. Ein Arzt stellte den in Folge eines Genickbruches eingetretenen Tod der 70 Jahre alten Frau fest.

* **Gelandete Leiche.** Gestern Vormittag wurde bei dem Rechen an der Mittelmühle die Leiche einer ungefähr 50 Jahre alten weiblichen Person aus der Oder gelandet. Die Entseelte hat graumelirtes Haar und ist u. A. mit brauner Jacke, rothbraunem Rock, blauer weiß punktirter Schürze und schwarzem Kopftuch bekleidet. Die Leiche wurde in die Anatomie gebracht.

* **Diebstahl.** Einem Altwaarenhändler auf der Messergasse wurde ein vor seinem Laden hängender Anzug gestohlen.

* **Aus dem Polizeibericht.** In das Polizeigefängniß wurden am 19. d. M. 32 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein katholisches Gebetbuch, ein Spazierstock, ein Zigarrenabschneider, ein künstliches Gebiß und ein Portemonnaie mit Inhalt, in Wagen der elektrischen Bahn u. A. wurden gefunden: ein Packet Wollstecke, ein Manschettenknopf, eine Marktasche und ein Regenschirm. — Abhanden kamen: mehrere silberne Taschenuhren, ein silbernes Armband mit einem Hufeisen, ein goldenes Kreuz, eine Korallenschnur und eine Pelzboa.

Waldenburg. Am Sonntag fand im Schützenhaus eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung statt. Dieselbe war von circa 800 Personen besucht und hatte den Zweck, Stellung zur bevorstehenden Knappschaftsältesten-Wahl zu nehmen. Die Versammlung nahm einen äußerst lebhaften Verlauf. Die beiden anwesenden Knappschaftsältesten wurden von verschiedenen Seiten angegriffen und suchten sich hiergegen zu vertheidigen, was ihnen aber nicht gelungen zu sein scheint, denn die Versammlung schlug die Kameraden Hilbig und Stiller als Knappschaftsälteste vor. Sodann hielt

der Kamerad Bergmann aus Fellhammer einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Knappschaftliches".

Gleiwitz, 19. Oktober. Zum Kommunalkonflikt. Das „Oberschlesische Tageblatt" bestätigt die kürzlich von Berliner Blättern gebrachte Nachricht, daß das Oberverwaltungsgericht in Berlin zu Gunsten des Bürgermeisters Miethe entschieden habe und dieser sein Amt demnächst wieder übernehmen werde.

Wüstegiersdorf. Wegen Uebertretung des preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 wurden vom Schöffengericht die Genossen Grosser, Wunder und Gottwald zu 100 bezw. 50 und 20 M. Geldstrafe verurtheilt. Die Uebertretung wurde in der öffentlichen Verbreitung von Flugblättern, in denen den Arbeitern mitgetheilt wurde, daß der Gastwirth Ziel in Blumenau seinen Saal zu Versammlungen nicht hergiebt, erblickt

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 20. October.

Heirathes-Ankündigungen. I. Hausbälter Theodor Sommer, kath., Büttnerstr. 30, und Martha Schädel, ev., Büttnerstraße 30. — Maurer Carl König, kath., Malergasse 26, und Pauline Hochhäusler, ev., Malergasse 26. —

Eheschließungen. I. Schlosser Ernst Fengler ev., Kleine Groschengasse 17/18, mit Ida Hoffmann, kath., Harrasgasse 4/5. — Metalldreher Franz Fallant, kath. Schießwerderstraße 11 mit Emma Jonas, ev., Friedrich-Wilhelmstr. 5. — Hausbälter Gustav Göbel, ev., Ursulinerstr. 23, mit Rosalie Sprung, kath., Ursulinerstraße 23. — II. Wurstmacher Franz Tiegel, kath., Gabitzstraße 93, mit Anselma Glaubitz, kath, Friedrichstraße 62. — Arbeiter Paul Hippe, ev., Neudorf Verbindungsstraße (Lediencrhaus), mit Hedwig Kudla, kath, Bohrauerstraße 67. — Handschuhmacher Carl Schmidt, ev., Salzstraße 29, mit Agnes Griedler, ev., Vorwerksstraße 39. — III. Kellner Hermann Schmidt, ev., Salzstraße 16/18, mit Ida Fleischer, ev., das. — Tischler Robert Müller, kath., N. Matthiasstraße 1, mit Gertrud Suchlich, kath., Schießwerderstr. 65.

Geburten. I. Buffetier Hermann Anders, ev., T. — Kaufmann Max Neustadt, jüd., S. — Drechsler Alwin Bode, ev., T. — Kutscher Oscar Kretschmer, ev., S. — Tischler Carl Raabe, kath, S. — Metallschleifer Paul Kasper, kath., T. — Arbeiter Reinhold Walter, ev., S. — Gärtner Paul Naß, ev., T. — II. Drahtarbeiter Maximilian Winkler, kath., T. — Tischler Carl Nazeck, kath., T. — Eisendreher Carl Bischof, kath., S. — Rangirer Hermann Kretschmer, ev., S. — Schneider Joseph Hahn, kath., S. — Schneider August Schmidt, ev., S. — Postillon Franz Mahlich, kath S. — Schlosser Reinhold Puich, ev., S. — Kutscher Joseph Lux, kath., T. — Kassirer Albin Welja, kath., S. — III. Tischler Joseph Lempert, kath., T. — Drechsler Paul Linke, ev., T. — Arbeiter Franz Nitschke, kath. S. — Porzellanhändler Hermann Räuschel, ev., S. — Schneider Albert Schneider, kath. T. — Kaufmann August Teich, kath., S. — Obsthändler Heinrich G[r]
kath., T. — Arbeiter Carl Reiter, ev., T. — Barbier und [P]
August Hackenberg, kath., S. — Kutscher Carl Wiche, ev., Fleischer Julius Hoffmann, kath., Tochter.

Todesfälle. I. Henna, T. des Zahntechnikers G[.] Rabe, 2 Std. — Minna, T. des Schuhmachers August Sc[h] 5 Mon. — Schuhmacher Thadeus Jestel, 52 J. — Brauer [J] Barsch, 42 J. — II. Clara Klinert, ohne besond. Stand, 23 August, S. des Arbeiters August Krätzig, 6 Mon. — Gerda, Kgl. Landgerichtsraths Eberhard Petrich, 7 J. — Wally, T. Schmieds Reinhold Bürgel, 8 Woch — Paul, S. des Ma[u]
Eugen Weber, 3 T. — Verw. Agent Bertha Tunbin, geb. D[.] 67 J. — Früh. Tischler Carl Hanschke, 71 J. — Militär-In[v] Ferdinand Scholtz, 60 J. — Eduard, S. des Droschkenb[e] Eduard Möse, 3 Mon. — III. Restaurateur Joseph Förster, — Verw. Postverwalter Pauline Girbich, geb. Fritsch, 80 J. Margarethe, T. des Briefträgers Carl Ohka, 2 J. — Lucie, T. Zuschneiders Carl Scholz, 6 Mon. — Elisabeth, T. des Desinf. Carl Ritter, 1 Tag. — Anna, T. des Sattlers Julius S[.] 1 J. — Verw. Handelsmannsfrau Johanna Kaschner, geb. J[.] 51 J. — Alfred, S. des Lackirers Max Mischke, 5 Mon. — [A] gärtner Robert Schönthier, 27 J. — Maurersfrau Anna G[.] geb. Weiß, 28 J. — Fritz, S. des Arbeiters Carl Pulter, 1

Stadt-Theater.
Freitag:
„Tristan und Isolde".
Sonnabend:
Nachmittags 3½ Uhr:
Schüler-Vorstellung zu bei halben Preisen.
Ein Bruderzwist in Habsburg.
Abends 7¼ Uhr:
„Carmen".

Lobe-Theater.
Freitag:
„Im weißen Rößl".
Sonnabend:
„Ehestreiche".
„Großmama".

Thalia-Theater
Sonntag:
„Die versunkene Glocke".
Der Vorverkauf der Billets findet heute Sonnabend von 10 bis 3 Uhr in dem Cigarrengeschäft des Herrn Reinhold Ludwig, Ring 10/11 statt.

Deutsches Theater.
Freitag:
„Auf eigenen Füßen".
Sonnabend:
„Der schwarze Schleier".

Striegau.
Arbeiter-Verein
Sonntag, den 23. October Nachmittags 5 Uhr,
Mitgl.-Versammlung
im Gasthof zur „Stadt Breslau". Beitragserhebung und Aufnahme neuer Mitglieder.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Zum ersten Male in Breslau.
Circus
Alb. Schumann
im Circus Renz, Louisenpl.
Heute Abend 8 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
Zum 9. Male
Sensationelle Novität
Chevaliers Blanc et Noir
Große phantastisch-romantische Ausstattungspantomime mit Ballets, lebenden Bildern, Gefechten zu Fuß und zu Pferd, arrangirt u. in Scene gesetzt vom Director Albert Schumann, einstudirt vom Ballettmeister H. Krüger, Musik v. Kapellmeister A. Bernosi.
Neues Debut. Neues Debut.
Gastspiel der berühmten
Taucherin und Wasserkünstlerin Miss Alma Beaumont.
Um dem p. t. Publikum einen Begriff von der Tiefe des Wassergrabens zu geben, hat die Direction die berühmte Taucherin u. Wasserkünstlerin des Tower-Circus in Blackpool engagirt. Miss Alma Beaumont ist die einzige Dame, welche den waghalsigen Sprung von bedeutender Höhe in das Wasserbassin ausführt. 4002
Außerdem großes, sorgfältig gewähltes Programm. Alles Nähere die Tages-Affichen.

Banzlau.
August Römer, Burgstr. 18
empfiehlt sein Lager von holländ. **Filzschuhen** für Herren, Damen und Kinder zu noch nie dagewesenen billigen Preisen. Ferner polnische Winterstiefel inwendig mit Pelz gefüttert, nur gute Qualität und sehr billig, sowie Knabenstiefel von 60 Pf. an und Mädchenstiefel von 40 Pf. an.

Am 19. October Nachts entschlief nach langem, schwerem Leiden, mein inniggeliebter Bruder der Steinmetz, Restaurateur
Josef Förster
im Alter von 34 Jahren.
Dies im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Franz Förster.
Beerdigung: Sonntag Nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause Schiesswerderstrasse 26 nach St. Mauritius. 4053

Begräbniß-Verein Breslauer Böttcher.
Das Mitglied **Josef Pietsch** ist gestorben. Beerdigung: Sonntag Nachmittag 4 Uhr vom All-Heiligen-Hospital nach dem Schweidnitzer-Kirchhof.
4051 Der Vorstand.

Neumann's Etablissement,
Gartenstr. 79, früher Pietsch's Lokal.
Sonnabend, den 22. Oktober 1898:
Gr. humoristische Soirée,
veranstaltet vom Quartett-Verein der Loge „Humanität".
Nach den Vorträgen:
Tanz-Kränzchen
über 1 Uhr. 4050
Kassenöffnung 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.
Es ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Bekanntmachung.
Sonntag, den 23. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr:
Verbandsversammlung der Zimmerer Breslaus
in **Kostrowsky's Lokal, Lohestr. 75.**
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom III. Quartal 1898.
2. Das neue Handwerkergesetz und die Zustimmungsvorlage.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
4052 Der Vorstand.

Töpfer! Achtung! Töpfer!
Central-Verband der Töpfer Deutschlands
(Filiale Breslau.)
Sonnabend, den 22. Oktober, Abends 8½ Uhr
General-Versammlung
im Vereinslocal Hôtel de Silésie, Münzstraße Nr. 15.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht
Die Filial-Verwaltung.
4049 J. A.: Hermann Neuberger.

Schiesswerder.
Sonnabend, den 22. October 1898:
4048 **VIII. Stiftungsfest**
des Centralverbandes der Maurer Deutschlands (Zahlstelle Breslau) unter Mitwirkung der Gesangsklasse des Verbandes
bestehend in
Vokal-, Instrumental-Concert und Tanz.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang des Concerts 8 Uhr.
Entree im Vorverkauf: Herr mit Dame 60 Pf., einzelne Dame 35 Pf.
An der Kasse: Herr mit Dame 75 Pf., einzelne Dame 50 Pf.
Programmänderung vorbehalten. Der Vorstand.

Das beste und teuerste
Schuhwerk
in neuester Façon,
gut, dauerhaft gearbeitet, in allen Lederfarben vorräthig, in für die
Winter-Saison
zu soliden Preisen zu kaufen, bei 4045
H. Christmann Ww.
137, Scheitniger-Straße 37.
Bestellungen auf Maß und Reparaturen werden prompt und sauber in eigener Werkstatt ausgeführt.

G. A. Opelt, Knopfhandlung
Breslau, Junkernstraße 28/29,
4041 empfiehlt in größter Auswahl:
Steinnußknöpfe, Büffelhornknöpfe, Livréeknöpfe, Jagdknöpfe.
Futterstoffe in guter Qualität.

Geschäfts-Eröffnung!
Meinen werthen Kunden zur gefälligen Nachricht, daß ich von jetzt ab außer meinem
Hauptgeschäft: Ring Nr. 56, 1. Etage
noch eine
Filiale: Friedrich Wilhelm-Straße 70a
eröffnet habe und theile ich hierdurch ergebenst mit, daß in meiner Filiale genau wie in meinem Hauptgeschäft jeder meiner werthen Kunden zur Zufriedenheit bedient werden wird.
J. Plau
Harmonika-Fabrik und Musik-Instrumenten-Handlung
Inh.: C. Schütze. 4042

Der süße Paul.
Neulich auf dem Blücherplatze
Stand Marie mit ihrem Schatze,
Nein, sprach sie, da wird nichts draus.
Du siehst mir zu schäbig aus.
Paul verstand zu seinem Glücke
Diesen Wink, denn Schmiedebrücke
Nummer 19 schnell und gut,
Kauft er **Anzug, Schlips** und **Hut.** 3563
Da that sie sich nicht mehr schämen
Ihn nach **Oswitz** mitzunehmen.
Ach, sprach sie, „jetzt bist du fein"
Süßer Paul, auf ewig Dein!"
J. Schönfeld,
19, Schmiedebrücke 19.

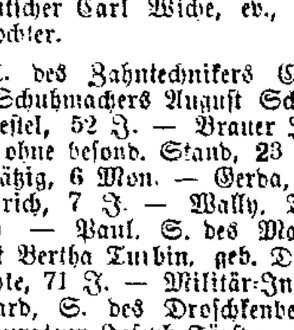
Gebrauchte Fahrräder! 3320
1 Damen-Maschine Seidel u. Naumann Mk. 170
1 Herren- „ „ „ „ „ 160
1 „ „ „ „ „ „ 170
1 Zahnrenner Stoewers-Greif, fast neu „ 180
1 Ltf. Straßrenner „ „ „ „ „ 150
1 Touren-Maschine „Silesia" „ 110
Die Maschinen befinden sich sämmtlich im besten Zustande und leiste ich für dieselben Garantie.
H. C. Liebrecht,
General-Vertreter der Stoewers-Greif-Fahrräder u. Nähmasch.-Fabrik,
Junkernstr. 45, Nähe Blücherplatz.

Uhren und Goldwaaren,
Trauringe
3457 in gestempeltem **Gold** in jeder Preislage.
Armbänder, Ketten, Ringe etc.
Alfred Herzog, Juwelier, Klosterstr. 15.

Meine Damen und Herren!
Wünschen Sie, in kurzer Zeit **praktisch und vortheilhaft stenographiren** zu können, dann nehmen Sie einen Unterricht bei einem praktischen Stenographen.
Honorar 10 Mk. 3819
K. W. Zimmer, Breslau
Universitätsplatz 19, part.

40 Bettstellen und Matratzen
werden noch einzeln auf Abzahlung mit einer Anzahlung von 5 Mark und wöchentlicher Abzahlung von 1 Mark 3577/2 abgegeben.
S. Osswald,
Schuhbrücke 74, I.

Ludwig Herz
Breslau, Blücherplatz
neben der Mohren-Apotheke



Damen-Gamaschen.

Filz mit Futter, Lederbesatz	3,75
Filz mit Futter, Lackbesatz	5,00
Weiß Leder	5,00
Auf Rand, sehr haltb.	6,50
Knopfstiefel, elegant	6,50
Schnürstiefel, sehr fest	6,50
Filzschnürstiefel, Lederbesatz	3,75
Pelzstiefel	9,00

Warme Hausschuhe.

Filzschuhe 1,00 Mk. mit Lederbesatz	1,25
Hausschuhe, warm gefüttert mit Lederbes. mit hohem Lederbes.	2,00
Sterpschuhe mit Absatz	2,90
Ballschuhe	2,50
Lackschuhe	3,00
Gummischuhe	1,50, 2,00, 2,50

Herren-Stiefel

zweisohlig, glatt, fest	7,50
elegant, Besatz, Knöpfe	7,50
Filz, Lederbesatz, gef.	8,00
Rozleder, glatt	8,00
Spiegelroß, v. 1 Stück,	8,50
Filzstiefel	6,00
dto. mit Lederbesatz	7,50

Kinder-Schuhe.

Filz-Schnürstiefel m. Lederbesatz, Absatz	2,75
Filz-Knopfstiefel, Pelzbes.	1,35
Leder-Knopfstiefel, gefüttert	1,50
Filzschuhe	0,75, 0,90, 1,00

Schuhwerk für empfindliche Füße.
Ludwig Herz
Blücherplatz 4.

Den reisenden Collegen
zur Kenntniß, daß die Centralherberge der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts aus dem Gasthof „Zum Hirsch" verlegt ist in das
Stuttgarter Gewerkschaftshaus
Gasthaus „Zum goldenen Bären"
Stuttgart, Eßlingerstr. 17/19.
Indem wir hoffen dürfen, daß jedes reisende Mitglied von den neuzeitlichen Einrichtungen unseres Gewerkschaftshauses befriedigt sein wird, bitten wir die Genossen, wie bisher auch in Zukunft nur in unserer Herberge zu verkehren.
Der Vorstand
der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgart.

Verantwortlicher Redacteur: Ernst Lehmann — Redaction und Expedition: Neue Taschenstraße 26. — Verlag von Gustav Hoffmann: Druck von W. Schmidt — sämmtlich in Breslau. — Telegramm: Breslau.